SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Vom Exodus zum Exitus: zu den Ursachen der Nachkriegsgewalt in El Salvador

Zinecker, Heidrun

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Zinecker, H. (2007). *Vom Exodus zum Exitus: zu den Ursachen der Nachkriegsgewalt in El Salvador.* (HSFK-Report, 3/2007). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-283667

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Heidrun Zinecker

Vom Exodus zum Exitus

Zu den Ursachen der Nachkriegsgewalt in El Salvador

HSFK-Report 3/2007

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse der Autorin:
HSFK · Leimenrode 29 · 60322 Frankfurt am Main
Telefon: (069) 95 91 04-0 · Fax: (069) 55 84 81
E-Mail: zinecker@hsfk.de · Internet: http://www.hsfk.de

ISBN: 978-3-937829-50-0

Euro 6,-

Zusammenfassung

Mit dem Friedensabkommen von Chapultepec, das am 16. Januar 1992 unterzeichnet wurde, ging in El Salvador ein zwölfjähriger Bürgerkrieg zu Ende, der 75.000 Opfer gefordert hatte. Während das peace making in der Literatur als Modellfall gilt, gestaltete sich das nachfolgende peace building bei weitem nicht so modellhaft. Es wies eine Vielzahl von Ambivalenzen auf. Die entscheidendste war, dass in El Salvador zwar ein stabiler, konsolidierter Frieden (als Abwesenheit von Krieg), aber keine Zivilisiertheit (im Sinne grundlegender Gewaltfreiheit) erreicht wurde. Im Gegenteil, El Salvador weist heute die in Lateinamerika höchsten Gewaltraten auf. Dabei besitzt gegenwärtige Gewalt fast ausschließlich kriminellen und kaum noch politischen Charakter.

Der vorliegende Report will erklären, warum in El Salvador die Gewaltraten im Nachkrieg bis zum heutigen Tag so hoch und die höchsten in Zentralamerika sind, und dies, obwohl die für die Gewalterklärung einschlägig herangezogenen sozioökonomischen und politischen Indizes recht positiv ausfallen, mit Ausnahme Costa Ricas positiver als in allen anderen Ländern Zentralamerikas, darunter auch Nicaraguas, das weitaus gewaltärmer ist als El Salvador. Um dies herauszufinden, muss nach Faktoren gesucht werden, deren Ausprägung genauso stark ist wie die der Gewalt, so dass eine Korrelation zwischen ihnen und den hohen Gewaltraten festzustellen ist, um auf dieser Grundlage Kausalität ableiten zu können. Als prioritärer Kausalfaktor für das hohe Gewaltaufkommen werden im Report hohe Migrations- und damit verbundene remesa-Raten benannt. Remesas sind Gastarbeiterrenten, die die – in diesem Fall salvadorianischen – Migranten insbesondere aus den USA in ihr Heimatland schicken. Davon leitet sich auch der Titel des Reports „Vom Exodus zum Exitus“ ab. Als sekundärer Kausalfaktor, jedoch als entscheidender Auslöser, wird eine spezifische Kombination von defizitärer und repressiver Performanz des Sicherheitssektors (Polizei, Justiz und Strafvollzug) benannt. Damit sind die Buckel und das Tal im sinuskurvigen Verlauf der Nachkriegs-Homizidrate begründet.

Um Migration und remesas als entscheidenden Kausalfaktor für Gewalt nachzuweisen, wird zunächst das – im zentralamerikanischen Vergleich – herausragende Gewicht der salvadorianischen Migration, insbesondere in die USA, aufgezeigt. Danach wird der Nachweis des besonders hohen Stellenwertes von remesas innerhalb der (sozio-)ökonomischen Struktur El Salvadors und ihrer Implikationen für den Bedeutungsverlust einheimischer Produktion und Arbeit erbracht. Im Anschluss wird der herausragende Stellenwert der salvadorianischen remesas im zentralamerikanischen Vergleich und die Korrelation von remesa- und Gewaltraten auf dem Isthmus nachgewiesen, um schließlich dieselbe Korrelation im innersalvadorianischen Vergleich zu zeigen. Am Ende wird am salvadorianischen Beispiel die Kausalität zwischen höchsten remesa-Raten und Gewaltraten demonstriert. Im Ergebnis wird festgestellt: Migrationen bzw. remesas führen deshalb zu hohen Gewaltraten, weil sie

– systemgefährdenden „Überdruck“ ableiten, indem sie ein – neuartiges – Ventil für tradierte oligarchische Strukturen bilden, die grundsätzlich Gewalt befördern;

– ökonomische Strukturen schaffen, die den von remesas Ausgeschlossenen aus Deprivations- bzw. Frustrationsgründen den Gebrauch von Gewalt als Zugang zum Markt nahe legen;
– in ihrem Umfeld im Entsende- genauso wie im Zielland soziale Leere hinterlassen und konservieren, die einerseits Sozialkapital zerstört und Anomie hervorbringt und andererseits das Bedürfnis nach neuem Sozialkapital und Struktur schafft, wobei das neue Sozialkapital pervers ist, denn es ist mit einer Gewalt verbunden, die sich nur zum Teil strukturieren kann und ansonsten anomische Gewalt generiert.

Als Konsequenz avanciert Gewalt zu einem Substitut der unteren Schichten für den Zugang zum Markt, der weder durch eigene Arbeit noch durch remesas gewährleistet werden kann. Dabei wird die These vertreten, dass die zur Gewalt führenden Frustrationen durch eine relative Deprivation, und zwar auf niedrigem Niveau, hervorgerufen werden, die vor allem das zweite und dritte Quintil (von unten) der Bevölkerung berührt.

Was die defizitäre und repressive Performanz des Sicherheitssektors betrifft, so wird diese an Strategien wie Institutionen nachgewiesen. Es werden drei Strategie-Phasen unterschieden: 1) die Phase der Demokratisierung und Erneuerung des Sicherheitssektors durch die Implementierung neuer bzw. erneuerter Institutionen, ohne dass jedoch das Gewaltproblem als solches erkannt worden wäre (1992 – 1996), 2) die Phase des Übergangs, in der mit einer partiellen Neu-Institutionalisierung und Zentralisierung von Sicherheitspolitik sowie mit Reformen und Konterreformen in der Strafgesetzgebung auf das Gewaltproblem reagiert und eine repressive Sicherheitspolitik vorbereitet wurde (1996 – 2003), und 3) die Phase der repressiven Sicherheitspolitik einer (súper) mano dura ((super) harte Hand), die allerdings mit Elementen einer sozial präventiven mano amiga (freundschaftliche Hand) und einer reintegrativen mano extendida (ausgestreckte Hand) versetzt wird (ab 2003).

Was die Institutionen angeht, so leidet die Polizei unter zu geringen Ressourcen und einer schlechten Ausstattung, sie verübt Menschenrechtsverletzungen und Willkür, ist mit der Organisierten Kriminalität verknüpft und weist Tendenzen der Militarisierung auf. Bei der Judikative sind mangelhafte Unabhängigkeit, eine defizitäre rechtsstaatliche Einstellung und grundsätzliche Inkompetenz zu beklagen. Die gravierenden Mängel beider Institutionen führen zu einer enorm hohen Straflosigkeit. Der Strafvollzug ist vor allem durch Überbelegung und inhumane Haftbedingungen sowie durch fehlende Überwachung und zunehmende Kriminalisierung gekennzeichnet. Schuldige werden dem Strafvollzug nicht zugeführt, während zugleich Unschuldige einsitzen. Auf der institutionellen Ebene erklärt sich Gewaltkriminalität in El Salvador dadurch, dass das politische Regime trotz und wegen Repressivität nicht jene Lücken schließen kann, die die defizitäre Performanz seiner Institutionen hinterlässt.

In den Schlussfolgerungen wird darauf verwiesen, dass der gegenwärtige Exodus der Salvadorianer genauso wie ihr massenhafter Exitus Zeichen einer perversen Globalisierung – von neuer Rente und von Gewalt – ist, denn sowohl remesas als auch Gewaltakteure, wie die Maras, sind globalisiert. Es handelt sich um eine lose-lose-situation, denn am Ende werden die durch remesas zufließenden Finanzen von den Kosten der Gewalt aufgefressen.

Inhalt

1.	Einleitung	1
2.	Empirische Befunde	3
2.1	Gewaltraten	3
2.2	Gewaltformen – das Beispiel der Maras (ein Exkurs)	5
3.	Das Modell	8
4.	Die Realität	10
4.1	Grundsätzliche Gewaltkausalitäten	10
4.1.1	Regimehybridität	10
4.1.2	Rentenökonomie	12
4.2	Spezifische, weil hervorstechende Gewaltkausalitäten in El Salvador	13
4.2.1	Migrationen und remesas	13
4.2.2	Defizitäre und repressive Performanz des Sicherheitssektors	23
4.2.2.1	Strategien	23
4.2.2.2	Institutionen	29
5.	Schlussfolgerungen	35
6.	Literatur	37

1. Einleitung

Sie fällt weder geringer aus noch ist sie minder grausam als ihr Pendant in Afghanistan, im Kongo oder in Palästina – die Gewalt in El Salvador. Dennoch erregt sie hierzulande, ob in Politik oder wissenschaftlicher Betrachtung, weitaus weniger Aufsehen. Die salvadorianischen Medien ersparen dem Betrachter dagegen keine Details der Gräuel: gespaltene Schädel, Köpfe ohne Körper, Leichen mit amputierten Extremitäten, dazu immer wieder jene jungen Männer mit nacktem Oberkörper, Mareros genannt, als die vermeintlichen oder tatsächlichen Täter, die höchst voyeuristisch vorgeführt werden. Übersetzt man die Gräuel in nüchterne Statistik, dann fällt auf, dass El Salvador mit 56,2 Homiziden[1] pro 100.000 Einwohner gegenwärtig an der Spitze der zentral-, aber auch der lateinamerikanischen Gewaltstatistik steht[2], weit vor Kolumbien, das sich im Unterschied zu El Salvador im Bürgerkrieg befindet und eine Rate von „nur" 39 aufweist. El Salvador allerdings hat schon fünfzehn Jahre Frieden[3]. Die Homizidrate pro 100.000 Einwohner dieses Landes übertrifft nicht nur die der gewaltarmen Länder Zentralamerikas Costa Rica (8,1) und Nicaragua (3,4) mit rund 50 Prozentpunkten, sondern auch die der beiden gewaltintensiven Länder der Region Honduras (46,2) und Guatemala (37,53).

Doch paradoxerweise liegt El Salvador in der Region – im Folgenden stets der Sonderfall Costa Rica ausgenommen – auch hinsichtlich der wichtigsten sozioökonomischen Indizes vorn und lässt insbesondere das gewaltarme Nicaragua weit hinter sich: Sein Human Development Index ist 11 Punkte besser als der Nicaraguas und 16 bzw. 17 Punkte besser als der von Honduras und Guatemala. Der Bertelsmann Transformationsindex sieht El Salvador nach dem Status-Index auf dem 30. und nach dem Management-Index auf dem 27. Platz. Honduras dagegen nimmt die Plätze 53/54, Guatemala die Plätze 70/57 und Nicaragua die Plätze 57/55 ein. Pro Kopf hat El Salvador ein Nationaleinkommen von 4.371 US Dollar, Guatemala kommt auf 2.906, Honduras auf 1.909 Nicaragua gar nur auf 1.615 US Dollar. El Salvador hat mit Abstand den niedrigsten Prozentsatz von Haushalten, die sich in Armut und in extremer Armut befinden. Der Gini-Koeffizient, der die generelle Ungleichheit misst, beträgt in El Salvador 0,518, nur in Costa Rica ist er niedriger, Nicaragua besitzt mit 0,584 den höchsten.

Bedenkt man, dass El Salvador, anders als Guatemala, auch kein Rassismusproblem mehr hat, weil hier die indígenas 1932 ausgerottet worden sind, und dass das Land nach einschlägigen Demokratieindizes wie Freedom House nicht nur als „free" gilt, sondern dabei sogar noch leicht bessere Werte hat als die anderen zentralamerikanischen Staaten (wiederum mit Ausnahme Costa Ricas), so sind auch politische Faktoren als kausal außer Kraft gesetzt, die immer wieder als Gewaltursachen angesehen werden. Das Argument, El

1 Homizid ist der Überbegriff für Mord und Totschlag.

2 Unter Gewalt wird im Folgenden nur die absichtliche physische Schädigung Anderer verstanden.

3 Frieden wird hier als die Abwesenheit von Krieg definiert.

Salvador weise derart viel Gewalt auf, weil es so klein ist und eine so große Bevölkerungsdichte hat, versagt, wenn Länder wie Hongkong oder Singapur einbezogen werden.

Dass eine Perpetuierung der Kriegsgewalt in anderer Form stattfindet, lässt sich mindestens dreifach widerlegen: Erstens nimmt das gewaltarme Nicaragua diesem Faktor die Erklärungskraft, denn es hatte während des Krieges eine gleich hohe (138/1977-1979) bzw. weitaus höhere (208/1981-1989) Homizidrate als El Salvador (138/1981-1992), die heutige ist in Nicaragua aber viel niedriger als die in El Salvador. Zweitens sind auch in El Salvador gerade die früher vom Bürgerkrieg stark betroffenen Regionen wie Morazán oder Chalatenango gegenwärtig besonders gewaltarm, so dass es in manchen Orten dieser Regionen nicht einmal für nötig befunden wird, Polizeieinheiten zu stationieren. Drittens funktioniert auch das Argument nicht, dass es Ex-Kombattanten bzw. deren Kinder seien, die heute in besonderer Weise gewalttätig werden. Das hat zum einen mit der bemerkenswerten Kohäsion der beiden Kriegsparteien zu tun, die eine besondere Disziplin mit sich brachte, die auch noch nach dem Krieg ihre Wirkung zeitigt. Zum anderen ist das darauf zurückzuführen, dass Ex-Guerrilleros ihre Kinder in der Regel politisch erziehen, die heutigen Gewalttäter aber kriminell sind und keine politischen Motive und Interessen besitzen. Die einst vom Bürgerkrieg besonders berührten Regionen sind unter anderem gerade deshalb so gewaltarm, *weil* sich dort Ex-Guerrilleros niedergelassen haben, die eigenhändig dafür sorgen, dass Mareros und andere Gewalttäter nicht Fuß fassen (González, L. 2006; Linares 2006). Anders als für einige afrikanische Staaten gilt also für El Salvador (wie auch für Guatemala) nicht, dass die gegenwärtig hohe Gewaltrate auf Auseinandersetzungen zwischen Ex-Kombattanten des Bürgerkrieges zurückzuführen ist.

Die Frage, die sich aus den höchst negativ ausfallenden Homizidraten einerseits und den für zentralamerikanische Verhältnisse positiven sozioökonomischen, aber auch politischen Indizes andererseits ergibt, ist so klar wie sie Rätsel aufwirft: Wie ist dieser Gegensatz zu erklären? An anderer Stelle habe ich ein Kausalmodell entworfen, das erklärt, warum es in drei Ländern Zentralamerikas so hohe und in zwei Ländern so niedrige Gewaltraten gibt (vgl. Zinecker 2006 a; Zinecker 2006 b: 129-174). Das Modell ist auf El Salvador anwendbar. In diesem Report soll aber nicht nur und nicht vor allem erklärt werden, warum El Salvador – so wie auch Guatemala und Honduras – eine um ein Vielfaches höhere Gewaltrate als Costa Rica und Nicaragua aufweist. Vielmehr soll in erster Linie herausgefunden werden, warum El Salvador auch im Gewalt-Vergleich zu den beiden anderen gewaltintensiven Ländern der Region, Honduras und Guatemala, mit einem so großen Abstand vorn liegt. Die zu überprüfende Hypothese lautet: Während hohe Gewaltraten „an sich" auch durch andere Faktoren zu erklären sind, liegen der in El Salvador im zentralamerikanischen Vergleich höchsten Gewaltrate zwei Faktoren ursächlich zugrunde:

1) Eine im Kontext der neuen Globalisierung besonders hohe Migrations- und damit verbundene remesa-Rate (Gastarbeiterrenten-Rate), die die Devisen-, Surplus- und Einkommensstruktur des Landes mindestens so radikal gewandelt hat wie einst der Eintritt des Landes in den Kaffeeexport und später in die importsubstituierende Industrialisierung. Wenn es das Scheitern dieser Industrialisierung war, das zusammen mit anderen Faktoren ursächlich für den salvadorianischen Bürgerkrieg von 1981 –

1992 war, kann angenommen werden, dass der Wandel zu einer remesa-Ökonomie einen ähnlichen Kausaleffekt auf die Nachkriegsgewalt hat;

2) eine sich mit höchster Repressivität verbindende defizitäre Performanz des Sicherheitssektors (von Polizei und Justiz). Wurde in El Salvador 2003 der niedrigste Wert der Homizidrate der Nachkriegszeit erreicht und stieg diese dann auf einen mit den Generaloffensive des ersten Kriegsjahres vergleichbaren Wert, so war 2003 zugleich das Jahr, in dem die repressive Regierungspolitik der „harten Hand" (mano dura) gegenüber der Gewaltkriminalität ihren Anfang nahm, deren Wirkung – verzögert – in den nachfolgenden Jahren eintrat.

Ich werde zeigen, dass der erste Faktor - der beispiellose Exodus der Salvadorianer und seine Folgen - einen höheren kausalen Erklärungswert für die in El Salvador einzigartige Gewaltrate – den allgegenwärtigen unnatürlichen Exitus - besitzt als der zweite. So ist auch der Titel des Reports zu erklären. Der zweite Faktor - die Performanz des Sicherheitssektors - erklärt dagegen die Dynamik der salvadorianischen Gewaltrate in der Zeit.

Es existiert noch keine systematische Analyse der salvadorianischen Nachkriegsgewalt, obgleich Gewaltphänomene wie die Maras gerade in El Salvador aufgearbeitet werden. Der Report ist empirisch ein Puzzle(spiel) und betritt auch in der Theorie Neuland, denn, wie vor allem an der ersten Hypothese zu sehen ist, lässt er sich bei der Suche nach den Ursachen gegenwärtiger Gewalt auf einen neuartigen Frageansatz ein. Der Report beruht auf rund 50 Interviews mit salvadorianischen Akademikern, Politikern (darunter Ex-Präsidenten), Polizei- und Justizangehörigen und NGO-Aktivisten, aber auch Gewalttätern. Die Interviews wurden von der Autorin 1997, 2006 und 2007 geführt.[4]

2. Empirische Befunde

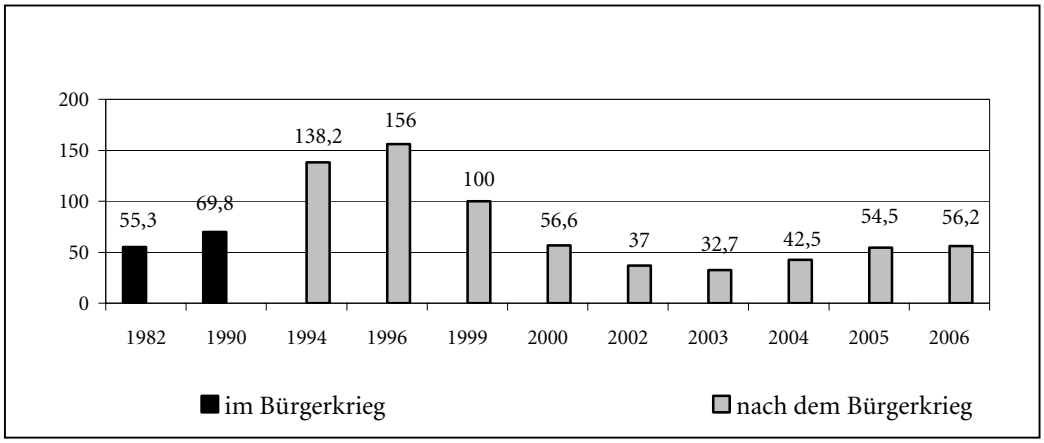
2.1 Gewaltraten

Die durchschnittliche Homizidrate El Salvadors in der Nachkriegszeit, seit 1992, beträgt 74,8. Bereits eine Rate von über 10 wird von der Weltgesundheitsorganisation als Epidemie bezeichnet. El Salvador hat eine 2,5 Mal so hohe Homizidrate wie Lateinamerika im Durchschnitt, dessen Mittel seinerseits sechsmal so hoch ist wie der Weltdurchschnitt.[5]

4 Die Interviews wären ohne die Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und ohne die bemerkenswerte Kooperation der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in El Salvador, der dortigen Vertretungen der Friedrich Ebert- und Hanns-Seidel-Stiftung, aber auch und vor allem der salvadorianischen Interviewpartner nicht möglich gewesen. Dafür bedanke ich mich sehr.

5 Wie in der Literatur üblich, wird auch hier die Homizidrate als Beleg für die Gewaltentwicklung genutzt, weil sie die immer noch verlässlichste aller Gewaltraten ist, wohl wissend, dass Homizide stets nur den kleineren Teil der Gewalttaten stellen. Vertrauenswürdigkeit und Verfügbarkeit selbst von Homizid-Statistiken sind miserabel: Das Diagramm musste daher aus verschiedenen Statistiken aggregiert werden. Die Nachkriegsraten beruhen für die 1990er Jahre auf Daten der Weltgesundheitsorganisation und für die 2000er Jahre auf Statistiken der salvadorianischen Polizei. Ich bin mir bewusst, dass im Vergleich zu den von Forensischer Medizin und Staatsanwaltschaft angegebenen Homizidraten die der Polizei die niedrigs-

Schaubild 1: Homizidraten pro 100.000 Einwohner in El Salvador, 1982 – 2006



Eigene Darstellung, beruht auf: Cruz/Trigueros/González 1999: 19; United Nations 2000: 35; www.proceso.com.mx/noticia.html?nid=29537&cat=0. (Letzter Zugriff 05.08.05); guanacos.centramerica.com (Letzter Zugriff 09.04.2007); www.uca.edu.sv/publica/idhuca/articulos.html (Letzter Zugriff 05.03.2005).

Die Homizidrate stieg in El Salvador in den ersten vier Nachkriegsjahren um das Doppelte der letzten Kriegsraten. Sie erreichte ihren Höhepunkt zu einem Zeitpunkt, da politische Gewalt von der Bildfläche verschwunden und Gewalt ausschließlich Gewaltkriminalität war und sich die Maras noch in ihrem Embryonalzustand befanden. Die Rate sank dann merklich, unter die letzten Kriegsraten, um seit 2003 wieder stark zu steigen. Die Tatsache, dass die Rate neuerdings wieder erheblich zunimmt und nur wenig unter der letzten Kriegsrate bleibt, stellt die Annahme in Frage, Nachkriegsgewalt sei allein dem in den ersten Nachkriegsjahren natürlicherweise schlecht funktionierenden, weil neu etablierten Sicherheitssektor geschuldet. Es stellen sich also vier Fragen:

1) Warum ist die Homizidrate im Nachkrieg generell so hoch?
2) Warum ist sie in den ersten Nachkriegsjahren so stark gestiegen?
3) Warum ging sie zwischenzeitlich zurück?
4) Warum ist sie seit 2003 wieder außerordentlich gewachsen?

Im Vergleich zur Departmentsstatistik in Guatemala fällt auf, dass in El Salvador zwischen den Departements keine so großen Abstände in den Homizidraten zu verzeichnen sind. Reicht in Guatemala (2005) die Spanne von 7 (Totonicapán) bis zu 111 Homiziden (Petén) pro 100.000 Einwohner, so besteht in El Salvador (2004) der größte Abstand zwischen 10,2 (Morazán) und 52,8 (Sonsonate). Betrachtet man jedoch die Munizipien, so fällt der Abstand – zwischen 132 (Municipio Sonsonate) und 0 (z.B. Municipio Yamabal) – auch in El Salvador groß aus (PNUD 2005 c: 484). Dabei sind auch in den gewaltarmen Regionen die großen Städte, oft die Hauptstädte, von einer sogar im Landesmaßstab hohen Homizidrate gekennzeichnet. Insgesamt jedoch ist die Gewalt in El Salvador über das

te ist. Ich stütze mich, wo vorhanden, auf diese Statistik, weil die Polizei für alle zentralamerikanischen Länder am kontinuierlichsten Daten gesammelt hat und als einzige Institution auch ein vollständiges statistisches Bild über Departments und Munizipien besitzt. Doch egal welche Quelle bemüht wird – der im Schaubild 1 ersichtliche sinuskurvige Verlauf der Homizidkurve ist in jedem Fall zu bestätigen.

Landesterritorium gleichmäßiger verteilt als in Guatemala. Es sind weder die ärmsten Departments noch die mit dem höchsten Gini-Koeffizient (das sind nach beiden Indizes Cabañas, San Miguel und Morazán), die die höchste Gewaltrate haben (das sind Sonsonate, La Libertad, Santa Ana und San Salvador). Es sind auch nicht die einst vom Bürgerkrieg am meisten berührten Departments, denn dies sind genau die, die damals und heute von der höchsten Armut und höchsten Ungleichheit gekennzeichnet waren bzw. sind.

Nach Angaben der Medicina Legal gingen in El Salvador 2003 57,4 Prozent der Homizide auf das Konto der normalen Kriminalität (delincuencia común) und nur 8,0 Prozent auf das der Maras, der für El Salvador typischen Jugendbanden (PNUD 2005 a: 23). Der Direktor der Polizei erklärte im März 2007 jedoch, dass 80 Prozent der Homizide auf das Konto der Maras gingen. Erst auf Nachfrage präzisierte er, dass 80 Prozent aller Homizide *mit Maras zu tun haben* – das heißt Mareros können auch nur Opfer sein – um dann zu konzedieren, dass nur die Hälfte der Täter von Mord und Totschlag Mareros seien. In jedem Fall jedoch, so der Polizeidirektor, stellten Mareros die meisten Täter, dann erst käme die normale Kriminalität (Ávila 2007). Marcela Smutt, Gewaltspezialistin der UNDP, meint indes, nur 30 bis 40 Prozent der Homizide gingen auf das Konto der Maras, der Rest sei nicht geklärt, aber es könne angenommen werden, dass das Gros der Gewalt von normalen Kriminellen ausgeübt wird (Smutt 2006). 2004 berichteten 12,8 Prozent der Bürger, Opfer der Kriminalität geworden zu sein, aber nur 4,6 Prozent sagten von sich, dass sie unter einer Aktion der Maras gelitten hätten (FESPAD 2005: 14). Politische Gewalt spielt heute eine geringe Rolle, wenngleich sie jüngst wieder angestiegen ist – ob als symbolische Gewalt in politischen Kampagnen oder bei Auseinandersetzungen im Kontext von Wahlen. In jedem Fall wird Gewalt jedoch, auch als Gewaltkriminalität, politisch instrumentalisiert.

Auch wenn die Maras nicht das Gros der Gewalt verantworten, sollen sie im Folgenden deshalb als exemplarischer Gewaltakteur vorgestellt werden, weil sie gegenwärtig der in El Salvador relevanteste kollektive Gewaltakteur sind, weil sie wichtige Metamorphosen durchlaufen, die zur Kenntnis genommen werden sollten, und weil die gesamte innere Sicherheitspolitik des Landes auf sie ausgerichtet ist.

2.2 Gewaltformen – das Beispiel der Maras (ein Exkurs)

Maras[6], die in El Salvador, aber auch in Guatemala und Honduras gegenwärtig typische Form der Jugendbanden, haben in El Salvador Vorläufer, die weit in die Vorkriegszeit, zum Teil bis in die 1940er Jahre, zurückreichen. Auf der Grundlage von Banden, die sich im Kontext sportlicher Wettkämpfe herausgebildet hatten (Barras), entstanden in den 1970er Jahren die Schüler- und Studenten-Maras (Maras estudiantiles), die ihren Streit mit den Maras einer anderen Lehranstalt austrugen, und die Straßen-Maras (Maras calle-

6 Der Name „Mara" wurde schon von den zentralamerikanischen Jugendbanden der 1970er und 1980er Jahre benutzt. Er kommt von „con mis amigos" (mit meinen Freunden), wurde aber später auf Marabunta (Killer-Ameisen, die in einem Film der 1970er Jahre immense Zerstörungen in Brasilien angerichtet haben) zurückgeführt.

jeras), deren Identifikation sich auf das jeweilige Barrio (Stadtviertel) bezog. Auch zwischen diesen beiden Mara-Typen gab es Auseinandersetzungen. Doch immer flogen höchstens Steine, oder es wurden schlechtestenfalls Messer gezückt. Schusswaffen setzten diese Maras nicht ein. Beide Maras hatten nichts mit den politischen Kämpfen der Vorkriegs- und Kriegszeit zu tun. Der Bürgerkrieg überdeckte dann die Auseinandersetzungen zwischen ihnen, ohne sie zu beenden (Savenije/Beltrán 2005: 24).

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, noch während des Krieges, wurden die ersten salvadorianischen Migranten aus den USA zurück nach El Salvador ausgewiesen. Unter ihnen waren Jugendliche, die in Los Angeles der Mara Salvatrucha (MS) oder dem Barrio 18 angehört hatten und von dort entsprechende kulturelle Einflüsse und Symboliken in die salvadorianischen Straßen-Maras einbrachten. Der Boom der Migration in die USA und dann der Migranten-Rückkehr bzw. -Ausweisung begann jedoch erst im Nachkrieg. Unter diesem Einfluss nahmen die salvadorianischen Maras immer mehr, wenn auch nie vollständig, Züge ihrer Vorbilder in Los Angeles an. Kulturell sind und bleiben Mareros in beiden Lebenswelten „transnationale Hybride". Viel früher als die im salvadorianischen staatlichen Sicherheitssektor dafür Verantwortlichen anerkannten, wurden die neuen Maras im Nachkrieg aktiv. Schon für das Jahr 1993 bestätigten 40 Prozent der Stadtbewohner in El Salvador, dass sie Maras bemerkt haben (Cruz/Carranza 2006: 133). Obwohl die aus den USA ausgewiesenen Mareros immer wieder die – vor allem kulturellen – Muster in die salvadorianischen Maras hineintragen, rekrutieren sich die Banden auch noch heute vor allem in El Salvador: Etwa 90 Prozent ihrer Mitglieder in El Salvador treten im eigenen Land und nicht in den USA ein. Zwei Drittel davon wurden im salvadorianischen Strafvollzug von inhaftierten Mareros rekrutiert. Inzwischen ist die erste Generation der neuen Maras alt geworden und geht auf die 40 zu. Gleichzeitig werden weit mehr Kinder rekrutiert als früher.

Aber auch in den neuen Maras, die Mitte der 1990er Jahre ihre volle Blüte erreicht hatten, vollzog sich eine bemerkenswerte Entwicklung: Waren sie anfangs Gruppierungen, die sich um des „verrückten Lebens" (vida loca) willen gebildet hatten, das heißt, um Spaß, Alkohol, Parties, Sex und Drogen zu genießen (vacilar), wurde später für den Eintritt in die Maras zunehmend das Motiv ausschlaggebend, Macht auszuüben und – über Furcht – Respekt zu erhalten (Homies Unidos et al. 1998: 71). Spätestens ab 2000 entwickelten sich die Maras zu Vereinigungen, die Gewalt gezielt zur Umsetzung vornehmlich ökonomischer Interessen (Aguilar/Miranda 2006: 52) einsetzen und mit der Organisierten Kriminalität kooperieren. Die Maras stehen in enger Verbindung mit den Drogenkartellen. Gewalt ist bei den Maras nicht Selbstzweck, sondern Mittel, um Gewinn zu erreichen und den eigenen Status zu erhöhen. Das schließt nicht aus, dass frühere Motivationen für den Mara-Eintritt ihre Wirkungsmacht behalten haben, unter anderem auch die, dass die Maras für Jugendliche nicht selten die einzige soziale Referenzgruppe in ihrem Barrio sind (Cruz/Carranza 2006: 142). Doch sind nach wie vor nicht alle Banden Maras, und nicht alle Maras gehören zur Organisierten Kriminalität, und auch nicht jeder Marero verübt Gewaltdelikte. Doch der Wunsch Jugendlicher, auf kriminellem Wege Macht, Respekt und Gewinn zu erreichen, ist die Kehrseite einer oligarchisch dominierten und also von ökonomischer, sozialer und politischer Exklusion gekennzeichneten Gesellschaft.

Heute gibt es in El Salvador zwischen 9.500 (González, P. 2006 b: 2) und 35.000 (Aguilar/Miranda 2006: 47) Mareros, davon sind 3.500 im Strafvollzug. Von der Polizei wurden 309 clikas (Zellen der Maras) registriert (Aguilar/Miranda 2006: 48). In Bezug auf die Anzahl der Mareros nimmt El Salvador in Zentralamerika nach Honduras und Guatemala den dritten Platz ein (Carranza 2006). Bedenkt man, dass die Homizidrate in El Salvador um 10 bzw. 20 Punkte höher ist als in den beiden anderen Ländern, dann wird deutlich, dass die meisten der Homizide nicht auf das Konto der Maras gehen *können*, selbst wenn man einräumt, dass ein Marero mehrere Homizide begangen haben kann. Die meisten der Mara-Opfer gehören der eigenen Mara an – ermordet werden Deserteure, und es gibt Feindschaften zwischen den clikas – dann erst folgen die Opfer der anderen Mara, danach die Zeugen krimineller Delikte, schließlich die Polizei und deren Helfer und am Ende jene, die sich der gewaltsamen Erpressung widersetzen (González, P. 2006 a).

55 Prozent der salvadorianischen Mareros gehören der MS und 33 Prozent dem Barrio 18 an, andere Maras spielen eine untergeordnete Rolle (Aguilar/Miranda 2006: 48). Das Barrio 18 ist enger mit der Organisierten Kriminalität verbunden, stärker in ökonomische Delikte wie Raub und Erpressung verwickelt und hat mehr Ressourcen als die MS. Vom Barrio 18 heißt es, seine Mitglieder seien fanatischer, kälter und grausamer, wenn sie töten. Es besitzt eine ausgefeiltere und hierarchischere Struktur als die MS, die ihrerseits eher einer Bewegung ähnelt. Während das Barrio 18 immer Chefs (palabreros) hatte, behaupteten die MS-Mareros lange, sie hätten keine (Carranza 2006). Das hat sich jedoch nach Einführung der repressiven Anti-Mara-Strategie durch die Regierung 2003 geändert. In der MS gibt es heute mit den corredores durchaus Chefs, während die misioneros bestimmte Aufgaben wie zum Beispiel das Eintreiben von Steuern erfüllen und die avesillas für das Barrio verantwortlich sind. Mit „La Cuna", auch „die 13" genannt, einer Art „Ministerrat", hat die MS eine klar abgegrenzte „Chefetage", in der ein zentralamerikanischer Führer das Wort haben soll (Carlos 2006). Die obersten Chefs der Maras leben in den USA. Im eigenen Land besitzen die Veteranen die höchste Autorität, darunter vor allem die aus den USA Ausgewiesenen und die Inhaftierten.

Die Mitglieder der Mara werden systematisch ihrer Persönlichkeit beraubt – sie sind Nummern ohne Gesicht, die eine Aufgabe, ein „Programm", auszuführen haben. Die Maras, so ein profunder Kenner, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben will, seien fundamentalistischer als islamistische Gruppierungen, denn sie erwarten nicht die Belohnung durch das Paradies, sie gehen mit dem Teufel. Ihr Schicksal ist der Tod, und das allein ist der Genuss. Wie Andere drogensüchtig sind, sind sie todessüchtig. Der genannte Beobachter berichtet von satanistischen Riten, in denen Mareros das Herz ihrer Opfer essen, das Blut des Kadavers in einen Kelch leiten und dieses – in Anlehnung an die Eucharistie – trinken. Den Kadaver übereignen sie dem Teufel, indem sie ihn in eine Schlucht werfen. So sind sie der Überzeugung, den Teufel gegessen zu haben und nun bereit und stark genug zu sein, um zu morden (Mitglied der Zivilgesellschaft 2006). Andere Beobachter, ebenfalls kirchlicher Provenienz, sind hier skeptischer: Die Mareros würden sich zwar als „Söhne des Teufels" bezeichnen, die Priester jedoch als „Söhne Gottes" höher schätzen (Rodríguez 2006). Das Gerede vom Teufel, so ein weiterer Kenner der Maras, sei tatsächlich nur Gerede. Wenn man ihnen sagt, man selbst glaube nicht an Gott, dann erschrecken die Mareros (Carlos 2006).

Seit der 2003 beginnenden, repressiven Anti-Mara-Strategie der Regierung, die auch mit der Infiltration von Polizeiagenten in den Maras einherging, haben die Maras ihr Aussehen und Verhalten geändert. Sie tätowieren sich nicht mehr, tragen auch nicht mehr die für sie typische Kleidung und besitzen mittlerweile neue Sprach-Codes. Ihre Gewaltakte sind grausamer geworden. Das Köpfen der Opfer hat eine weitaus größere Bedeutung als früher. Die Maras haben ihren internen Kodex verschärft: Aus dem Barrio 18 können die Mitglieder überhaupt nicht mehr austreten. In der MS können sie zu „schweigenden" Mareros werden (calmarse), aber nur unter ganz bestimmten Bedingungen, die regelmäßige Reports an die Chefs einschließen. Die MS hat 13 neue interne Regeln aufgestellt: Der frühere Aufnahmeritus (sich 13 Sekunden mit anderen zu schlagen) wurde abgeschafft. Nunmehr müssen diejenigen, die in die Mara eintreten wollen, eine Aufgabe erfüllen, die in der Regel auf Mord hinausläuft. Polizeiagenten würden spätestens an dieser Stelle auffallen. Frauen werden in diese Mara nicht mehr eingelassen. Bis auf Marihuana ist der Drogenkonsum nunmehr verboten. Mit den Chefs nicht abgestimmter Diebstahl wird bestraft. Die Hauptversammlungen der clikas, die mirins (jetzt misas genannt), finden nur noch per Telefon statt. Die destroyer, jene Häuser, in denen sich die Mareros einst versammelten und zuweilen auch wohnten, wurden abgeschafft. Heutzutage werden vor allem Haftanstalten gezielt zur Strukturierung und Rekrutierung der Maras genutzt. Gewalt spielt für die Maras eine noch größere Rolle als zuvor, immer stärker auch gegenüber der Zivilbevölkerung. Mit all diesen Veränderungen sind die Maras disziplinierter und flexibler gegenüber der Regierungsstrategie geworden.

Anders als gemeinhin erwartet, kommen die Mareros weder aus den ärmsten Schichten noch aus den marginalsten Stadtvierteln, sondern aus dem Milieu der Arbeiterklasse bzw. der unteren Mittelklasse, mithin aus Bevölkerungsgruppen, die dem zweiten und dritten Einkommens-Quintil (von unten) zuzuordnen sind. Sie sind keine Straßenkinder, besitzen in der Regel ein Zuhause, das sich in bevölkerungsreichen Barrios der Städte befindet und bei dem es sich in der Regel um ein gemietetes, extrem dicht bewohntes Haus handelt. Die Mareros sind auch keine Kriegswaisen. Sie stammen nicht aus asozialen Familien. Ihre Eltern haben Einkünfte und sind oft remesa-Empfänger. Die Mareros besitzen einen höheren Bildungsgrad als der Durchschnitt der Salvadorianer. Mareros sind entweder Schulabbrecher oder sie waren vor ihrem Eintritt in die Maras arbeitslos bzw. befanden sich in instabilen Arbeitsverhältnissen (Carranza 2006). 75 Prozent der Mareros haben keine Arbeit. Auf die Frage, was sie sich am meisten wünschen, antwortete die Mehrheit der befragten Mareros: Arbeit (Homies Unidos 1998: 39, 113).

3. Das Modell

Erkenntnisleitend für die nun folgende Kausalanalyse der salvadorianischen Nachkriegsgewalt – auch, aber nicht nur der Maras – ist der ätiologische sozialstrukturelle (Makro-)Ansatz der Kriminologie. Der Ansatz folgt der These, dass es „auffällige" Gesellschaftsstrukturen gibt, die in bestimmten Lebenslagen einen sozialen Druck in Richtung devianten Verhaltens auslösen (Albrecht 2002: 31–33, 37–39). In diesem Theorie-Kontext habe ich an anderer Stelle Möglichkeits- von Verhinderungsstrukturen unterschieden (Zinecker 2006 a:

20-39). Möglichkeitsstrukturen bieten den strukturellen Nährboden für (Gewalt-)Kriminalität. Verhinderungsstrukturen können erreichen, dass (Gewalt-)Kriminalität trotz vorhandener Möglichkeitsstrukturen nicht zum Ausbruch kommt. Fehlen Verhinderungsstrukturen oder funktionieren sie schlecht, dann potenziert das die Wirkungsmacht der Möglichkeitsstrukturen. Hier wird behauptet, dass bei den gewaltintensiven Fällen stark ausgeprägte Möglichkeitsstrukturen mit schlecht funktionierenden Verhinderungsstrukturen zusammenwirken.

Möglichkeitsstrukturen können politischer und ökonomischer Natur sein. Eine besonders fruchtbare *politische* Möglichkeitsstruktur für Gewalt (nicht nur für Krieg) ist Semi-Demokratie, die ich als Regimehybridität bezeichne, weil dieser Begriff präziser ist und besser darauf verweist, dass es sich dabei um Regime handelt, die zwar nicht autoritär, aber eben auch nicht demokratisch sind. Demokratie besteht nach meinem Modell aus den Segmenten Zivilherrschaft, Polyarchie, Rechtsstaatlichkeit, politische Inklusion und Zivilisiertheit, wobei Zivilisiertheit in der Untersuchung von Gewaltursachen als unabhängige Variable ausgespart werden muss, damit kein rekursives Problem auftritt. Existieren die beiden ersten Segmente in einer nichtdemokratischen Version, dann handelt es sich um Autoritarismus. Existieren die drei nächsten Segmente in einer nichtdemokratischen Version, besteht eine nichtautoritäre Form von Nichtdemokratie, mithin Regimehybridität. Regimehybridität ist indes auch dann gegeben, wenn staatliche Institutionen nicht oder schlecht funktionieren, sie also eine defizitäre Performanz aufweisen. Denn eine Demokratie ist keine Demokratie, wenn ihre Institutionen nicht funktionieren. Als Regime-Hybrid wird hier also ein Regime-Typ verstanden, der nach seinem Gehalt und/oder seiner Performanz der Grauzone zwischen Autoritarismus und Demokratie zuzuordnen ist (Zinecker 2004 b: 239-272).

Als *ökonomische* Möglichkeitsstrukturen für Gewalt werden in der einschlägigen Literatur Armut, Ungleichheit oder ein geringer ökonomischer Entwicklungsstand angegeben. Doch all dies ist – wie in der Einleitung gezeigt – für El Salvadors Gewaltkriminalität als Kausalfaktor genauso unzutreffend wie für die Guatemalas und Honduras'. Daher vermute ich andere ökonomische Möglichkeitsstrukturen, und zwar in der Rentenökonomie. Aus der Vielfalt rentenökonomischer Ansätze nutze ich ein sowohl nach innen, für *mehrere* Rententypen, als auch nach außen, für das Andocken an politische Strukturen, offenes Rentenmodell. Ein solches Modell findet sich bei Hartmut Elsenhans (Elsenhans 1994: 106-109). Danach gibt es in Rentenökonomien marginale Arbeitskräfte, die zwar die physischen Voraussetzungen besitzen, mehr zu produzieren als sie für ihren eigenen Unterhalt und den ihrer Familien brauchten, es aber wegen der Knappheit an Produktionsmitteln nicht tun können. Ein schwacher ökonomischer Stellenwert von Arbeit bedingt ein niedriges Reallohnniveau und niedrige Masseneinkommen, die zu einer systematischen Beschränkung der Binnenmarktbeziehungen führen. Das wiederum impliziert nur wenig Anreize für Investition und Innovation, womit selbsttragendes kapitalistisches Wachstum verunmöglicht wird. Wenn nicht Kapital und Arbeit, sondern Renten und Beschränkung von Arbeit einander gegenüberstehen und somit kein Fließgleichgewicht von Angebot und Nachfrage garantiert ist, legt das Opportunitätskostenargument insbesondere den Unterschichten – indirekt – nahe, nach einem alternativen Zugang zum Markt zu suchen, wozu sich Gewalt als schnell und einfach verfügbares Substitut anbietet.

Nun sind El Salvador wie auch die anderen Gewaltfälle Guatemala und Honduras sowohl Regime-Hybride als auch Rentenökonomien. Doch auch Nicaragua als gewaltarmer Fall ist beides. Daher sind nicht Regimehybridität und Rentenökonomie schlechthin kausal für hohe Gewaltraten. Vielmehr gilt es, nach ganz *spezifischen* Konfigurationen und Kombinationen von Regimehybridität und Rentenökonomie zu suchen, die es so nur in den gewaltintensiven Fällen El Salvador, Guatemala und Honduras gibt, nicht jedoch in Nicaragua. Die für die Erklärung hoher Gewaltraten in den gewaltintensiven Fällen El Salvador, Honduras und Guatemala erklärungsmächtige *spezifische* Konfiguration von *Regimehybridität* sehe ich zum einen, was den Regimegehalt betrifft, in fehlender politischer Inklusion und fehlender Rechtsstaatlichkeit, und zum anderen, was die Funktionstüchtigkeit staatlicher Institutionen betrifft, in einer äußerst defizitären und gleichzeitig repressiven Performanz besonders jener staatlicher Institutionen, die den Sicherheitssektor bilden – der Polizei und der Justiz. Was die fehlende politische Inklusion angeht, so ist diese den in den gewaltintensiven Ländern Zentralamerikas herrschenden oligarchischen Systemen, die bekanntlich als Herrschaft einer Minderheit das Gegenteil von Massenpolitik darstellen, immanent.

Die für die hohe Gewaltrate erklärungsmächtige *spezifische* Konfiguration von *Rentenökonomie* sehe ich in der Dominanz neuer Renten, die die alten (Agrar-)Renten abgelöst haben, so dass mit ihnen, anstatt marktwirtschaftliche Mechanismen zu schaffen, ein modernes Ventil für alte oligarchische Strukturen etabliert wurde, durch das jener systemgefährdende „Überdruck" abgeleitet werden kann, der anderenfalls für die Oligarchie eine Gefahr von unten darstellen würde. Zu diesen neuen Renten gehören Effektenrenten und maquila/Lohnveredelungsindustrie (hier wird der Rentenbegriff allerdings weit gefasst), aber vor allem remesas. Der Report wird sich mit den remesas sowie mit der defizitären und repressiven Performanz des Sicherheitssektors auf je eine Komponente der Möglichkeits- und der Verhinderungsstrukturen konzentrieren, weil diese beiden Faktoren in El Salvador noch stärker verankert sind als in den beiden anderen Gewaltfällen der Region.

4. Die Realität

4.1 Grundsätzliche Gewaltkausalitäten

4.1.1 Regimehybridität

Die rechte Regierungspartei ARENA wie auch einschlägige Demokratie-Indizes sehen das politische Regime El Salvadors als demokratisch an. Die linke Oppositionspartei FMLN bezeichnet es hingegen als „Zivildiktatur" (González, M. 2006). Ich habe an anderer Stelle gezeigt, dass El Salvador gegenwärtig ein Regime-Hybrid besitzt, das im Wesentlichen die demokratischen Segmente Zivilherrschaft und Polyarchie aufweist (hier sind Defizite nicht so prominent, als dass sie das diesbezügliche Grundkriterium außer Kraft setzen würden), die demokratischen Segmente Rechtsstaatlichkeit und politische Inklusion aber entbehrt (Zinecker 2004 a: 108-188; Zinecker 2007: 1089-1100): El Salvador wird von einer zwar modernisierten, aber in ihrem Nukleus bereits über Jahrhunderte persistenten

Oligarchie beherrscht, die als Minorität per definitionem politische Inklusion ausschließt. Das Land gilt in Zentralamerika auch als Extremfall dafür, dass die Regierungsagenda den Interessen der Oligarchie entspricht (Segovia 2006: 550).

Aus dieser für oligarchische Regime typischen besonderen politischen Exklusion und entsprechenden antioligarchischen Opposition leitet sich die Bipolarität des Parteiensystems ab, in dem sich ARENA und FMLN diametral gegenüberstehen. Dass beide Parteien fast gleichstark sind, zeigt sich daran, dass ARENA zwar immer den Präsidenten stellte, die FMLN aber seit 2000 im Parlament mehr Sitze, wenn auch nicht die absolute Mehrheit, hat und schon lange viele Bürgermeister, unter anderem den der Hauptstadt. Während in Guatemala als Zeichen für fehlende Demokratie und Ursache für die hohe Gewaltrate ein zersplittertes und mobilisierungsschwaches Parteiensystem angeführt werden kann, hat das bifurkierte und mobilisierungsstarke Parteiensystem in El Salvador paradoxerweise eine ähnliche Wirkung.

Die Regierungspartei ARENA instrumentalisiert die Gewalt für ihre politischen Zwecke. Sie kann mit dem hohen Gewaltaufkommen exzellent die oligarchisch geprägte, ausschließende Struktur im Land legitimieren und die Institutionen des Sicherheitssektors subordinieren, indem sie diese der demokratischen Kontrolle entzieht. Ex-Präsident Armando Calderón Sol bekennt: „Wir haben viele Fehler begangen. Wir haben die Gewaltkriminalität instrumentalisiert. Wir haben große Schuld. Das Verbrechen wurde von uns, aus Parteiperspektive, politisiert. Es war ein Problem von uns allen. Aber auch wir, das heißt ARENA, haben uns daran beteiligt. Der Ansatz war schlecht." (Calderón 2006)

Die FMLN dagegen nutzt schon einmal die Maras als politische Reserve. Aber sogar Ex-Präsident Alfredo Cristiani von ARENA findet die Behauptung falsch, die FMLN würden die Maras befehligen (Cristiani 2006). Gleichwohl bemühte ARENA im letzten Wahlkampf einen Fernsehspot, in dem ein Mitglied des Barrio 18 behauptete, die MS arbeite für die FMLN. Zwar besitzen die Mareros tatsächlich eine größere Affinität zur FMLN als zu ARENA, doch, so Eduardo Linares von der FMLN und früherer Chef der hauptstädtischen Polizei, sei es falsch zu glauben, alle Mareros stünden links. „Wäre das so, dann hätte die FMLN schon längst die Macht." (Linares 2006) Auch wenn einige der gewaltintensivsten Munizipien von der FMLN regiert werden bzw. wurden (Apopa, Ilopango, Soyapango, Santa Tecla), sollte daraus kein zu kurzer Schluss gezogen werden: Denn die Zentralregierung setzt alles daran, dass die oppositionellen Bürgermeister scheitern. Das führt zu Ressourcenproblemen auch im Sicherheitsbereich. Dabei sind es ohnehin nicht die reichsten Munizipien, in denen die FMLN regiert. Hier zeigt sich also, dass nicht nur ein schwaches (wie in Guatemala), sondern auch ein starkes Parteiensystem (wie in El Salvador) hohe Gewaltraten bewirken kann, im letzteren Fall, weil angesichts des relativen Kräftegleichgewichts zwischen den Parteien jedes gesellschaftliche Problem, darunter auch die Gewalt, für die eigenen Parteieninteressen instrumentalisiert wird.

Was die Performanz der staatlichen Institutionen betrifft, so haben sich viele von ihnen, insbesondere des Sicherheitssektors, im Zuge von Transition zu mehr Demokratie und peace building neu konstituiert. Sie wurden dadurch anfangs zunehmend demokratischer, funktionierten aber schlechter. Die Armee, der historische state-builder, hatte sich nach den Friedensabkommen aus der Politik zurückziehen müssen, und ein neuer state-

builder war nicht in Sicht. Gerade in diese Zeit des institutionellen Vakuums fiel die erste, bis 1996 reichende Gewaltexplosion im Nachkrieg, die die Institutionen völlig überforderte. Diese reagierten darauf zunächst nicht und dann mit erhöhter Repressivität, womit sie fehlende Performanz kompensieren wollten (aber nicht konnten) und Demokratisierungserfolge wieder in Frage stellten. Dies erklärt die zweite Gewaltexplosion ab 2003.

4.1.2 Rentenökonomie

Gewaltverursachende Strukturen sind aus ganz bestimmten Konfigurationen von Rentenökonomie, mithin aus der Dominanz neuer Renten, abzuleiten, weil diese die Bipolarität zwischen Oligarchie und Armen verfestigen, indem sie ein Ventil für Rentenökonomien bilden. In El Salvador herrscht trotz ökonomischer Liberalisierung weiterhin der Nukleus jener alten Kaffeeoligarchie, die das Land über Jahrhunderte dominiert hat. Dieser Nukleus hat sich im Nachkrieg modernisiert, globalisiert und branchendiversifiziert. Um ihn herum sind weitere, ökonomisch zum Teil gleichwertige Machtgruppen entstanden. Aber auch seine eigene wichtigste Rente ist nicht mehr die alte Kaffeerente, sondern die neue – spekulative – Effektenrente. Denn nach dem Friedensschluss konzentrierten sich die wichtigsten Kaffeeoligarchen im spekulativen Finanzsektor. Später dehnten sie ihre Geschäfte in die Altersversorgung, Versicherungen und Immobilien aus (Segovia 2006: 549). Da es nur wenige Familien (insbesondere Cristiani-Burkard-Llach-Hill, Mathies-Regalado-Dueñas-Baldocchi, Murray-Meza-Ayau und de Sola) waren, die ihre Unternehmenstätigkeit als ehemalige Kaffeeoligarchen sektoral verbreitert und in den Finanzsektor umgeleitet haben, hat sich die salvadorianische rentenaneignende Klasse insgesamt zwar modernisiert, aber nicht deoligarchisiert, sondern sogar reoligarchisiert.

Dennoch hat El Salvador den nach Costa Rica niedrigsten Gini-Koeffizienten und damit eine für zentralamerikanische Verhältnisse relativ geringe generelle Ungleichheit. Dass dies so ist, liegt vor allem daran, dass das zweite, dritte und vierte Quintil von unten relativ gut gestellt ist, wie Schaubild 2 zeigt. Dies wiederum findet seine Bestätigung in der hohen Migration von Honduranern und Nicaraguanern nach El Salvador aufgrund der hier höheren Löhne.

Schaubild 2: Einkommensverteilung nach Quintilen in urbanen Haushalten, 1998/1999

	1. Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil
El Salvador	5,6	10,7	15,7	22,5	45,6
Guatemala	5,5	9,2	15,5	19,7	62,2
Honduras	4,7	9,7	13,5	21,2	49,8
Nicaragua	3,5	8,8	13,3	20,2	54,3
Costa Rica	5,5	10,6	15,9	24,1	43,8

Quelle: UNDP 2004: 129f.

Die rentenaneignende Oligarchie als oberstes Quintil impliziert nicht nur Marginalität auf der Gegenseite, dem untersten Quintil, sie hat auch kein Interesse an freier Marktwirtschaft und an einer dafür voraussetzungsvollen Investitionsgüterproduktion. Sie investiert generell nur noch wenig in produktive Branchen. Das spiegeln die Investitionsraten wider:

Das gewaltintensive El Salvador steht zwischen 1990 und 2003 beim prozentualen Anteil der fixen internen Bruttoinvestition am BIP mit 16,6 Prozent neun Prozentpunkte schlechter da als das gewaltarme Nicaragua mit 25,6 Punkten.[7]

Unter Bedingungen, da oligarchische Strukturen Investitionen – insbesondere in der Investitionsgüterproduktion – und damit einheimische Produktion und Arbeit systematisch behindern, wird von der Oligarchie für das eigene Überleben dringend ein Ventil gebraucht. Diese Funktion erfüllen neue Renten. Doch die neuen Renten beeinträchtigen ihrerseits die Verankerung einheimischer Arbeit und Produktion, was erneut schlechtes Investitionsverhalten hervorruft. Die wichtigste neue Rente in El Salvador sind die remesas, die Gastarbeiterrenten. Remesas sind Transferzahlungen von Migranten an ihre Familien im Heimatland. Gerade in El Salvador werden remesas fast nicht gespart. Remesas reduzieren nicht nur grundsätzlich Investitionen (Cáceres/Saca 2006: 881), sondern auch das Angebot von und – zumindest längerfristig, weil nun der Anreiz fehlt, durch lokale Investition Beschäftigung zu schaffen – die Nachfrage nach Beschäftigung im eigenen Land. Remesas stützen oligarchische Strukturen, da sie Konsum ohne Arbeit und Produktion ermöglichen. Im folgenden Kapitel wird nachgewiesen, dass in El Salvador zwischen hoher Migrations- und remesa-Rate – dem Exodus und seinen ökonomischen Folgen – und hoher Homizidrate – dem Exitus – ein kausaler Zusammenhang besteht.

4.2 Spezifische, weil hervorstechende Gewaltkausalitäten in El Salvador

4.2.1 Migrationen und remesas

In einem ersten Schritt soll das herausragende Gewicht der salvadorianischen Migration in die USA demonstriert werden. In einem zweiten Schritt werden der extrem hohe Stellenwert von remesas innerhalb der (sozio-)ökonomischen Struktur El Salvadors und dessen Implikation für den Bedeutungsverlust von einheimischer Produktion und Arbeit aufgezeigt. In einem dritten Schritt soll das besonders hohe Gewicht der remesas in El Salvador mit den entsprechenden ökonomischen und sozialen Implikationen im zentralamerikanischen Vergleich bestätigt werden. Gelingt dies, dann ist damit – da El Salvador auch das Land mit der höchsten Gewaltrate in der Region ist – eine Korrelation nachgewiesen. Diese Korrelation soll dann in einem vierten Schritt im innersalvadorianischen Vergleich (zwischen den Departments und Munizipien) bestätigt werden. In einem fünften Schritt soll schließlich von den Korrelationen eine Kausalität abgeleitet werden.

Schritt 1: Das – im zentralamerikanischen Vergleich – herausragende Gewicht salvadorianischer Migration in die USA

2004 waren aus El Salvador 2,5 Millionen Einwohner, das heißt 20 Prozent der Bevölkerung und fast das Siebenfache des Weltdurchschnitts, ins Ausland, in erster Linie in die USA und dann nach Mexiko, emigriert. Dies ist ein wahrer Exodus. 90 Prozent dieser Migranten sind jünger als 35 und 70 Prozent jünger als 26 Jahre. Statistisch gesehen ist der

7 Vgl. www.eclac.org/publicaciones/xml/0/14980/DGE-2234-Cap3.pdf (Letzter Zugriff 02.05.07).

ins Ausland migrierende Salvadorianer eher ein Mann als eine Frau, zwischen 18 und 44 Jahren alt, aus einem ländlichen Gebiet, mit einem leicht höheren Lebensstandard und Bildungsniveau als der Durchschnitt der Nicht-Migranten (Andrade-Eekhoff 2003: 16). Es migrieren also weder die beiden obersten Quintile noch das unterste Quintil der Bevölkerung, sondern das zweite und dritte Quintil von unten, denen es in El Salvador besser geht als seinen Pendants in Honduras und Nicaragua, aber schlechter als denen in den USA.

In den USA stellten die Salvadorianer 2004 mit 1.201.002 die höchste Zahl zentralamerikanischer Residenten. Das sind dreimal soviel Salvadorianer wie Guatemalteken und Honduraner und fast viermal soviel wie Nicaraguaner. 42 Prozent der in die USA migrierenden Salvadorianer gehen nach Kalifornien. Mehr als zwei Drittel davon wandern nach Los Angeles aus, dem Ursprungsort der US-amerikanischen Maras. Vergleicht man die Anzahl der aus den USA Ausgewiesenen, so beträgt, wie Schaubild 3 zeigt, die Rate der Nicaraguaner nur ein Zehntel der Rate der Salvadorianer und Honduraner.

Schaubild 3: (Ausgewiesene) zentralamerikanische Residenten in (aus) den USA (2004)

	Salvadorianer	**Guatemalteken**	**Honduraner**	**Nicaraguaner**
Zahl der Residenten in den USA	1.201.002	698.745	407.994	248.725
Prozentualer Anteil an der Bevölkerung	17,77	5,64	5,68	4,62
Aus den USA ausgewiesene zentralamerikanische Residenten	56.076	39.669	63.639	50.26
Prozentualer Anteil an der Bevölkerung	0,82	0,32	0,88	0,09

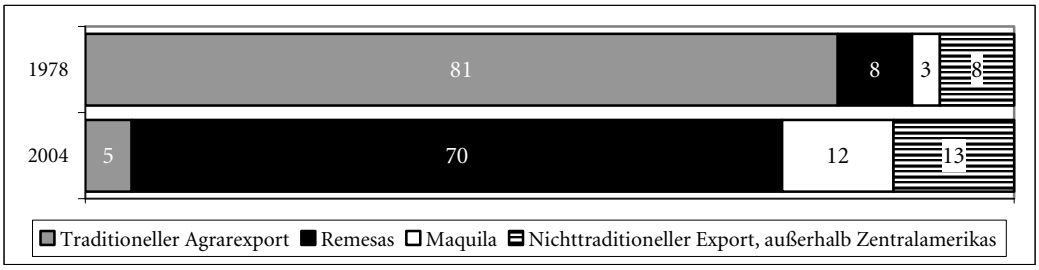
Quelle: Rocha 2006: 47

Schritt 2: Der besonders hohe Stellenwert von remesas innerhalb der (sozio-)ökonomischen Struktur El Salvadors und seine Implikationen für den Bedeutungsverlust einheimischer Produktion und Arbeit

Salvadorianische Emigranten schicken remesas an 22 Prozent der Haushalte in El Salvador. Davon halten 40 Prozent der Haushalte ihre Beziehungen zu Migranten aufrecht. Besonders eindrucksvoll ist der Wandel des Stellenwertes der remesas innerhalb der Devisenzuflüsse.[8] Im Schaubild 4 ist jener Abschnitt beider Balken, der die remesas darstellt, schwarz unterlegt – der Längenunterschied zu den anderen Abschnitten des Balkens im Jahre 2004, aber auch zum gleichen Abschnitt im Jahre 1978 ist enorm:

8 Devisenzuflüsse ergeben sich aus Nettoexport, Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen, Entwicklungshilfe und Krediten. Der Schuldendienst muss abgezogen werden. Nicht alle Devisenzuflüsse sind also Renten.

Schaubild 4: Wandel in den Devisenzuflüssen nach El Salvador in Prozent



Quelle: PNUD 2005 c: 7.

Das Schaubild demonstriert, dass in der salvadorianischen Außenwirtschaft zwischen 1978, als auch die Homizidrate noch relativ gering war, und 2004, als die Homizidrate bereits hoch war, eine völlige Umkehr des Verhältnisses von traditionellem Agrarexport und remesas vonstatten gegangen ist. Mit den remesas werden heute 70 Prozent der Devisenzuflüssen im Ausland erschlossen. Zählt man die maquila, bei der zwar Arbeit, aber nicht Kapital einheimisch ist, mit ihren 12 Prozent hinzu, dann stammen gegenwärtig 82 Prozent der Devisenzuflüsse nicht aus der Verbindung von einheimischer Arbeit und einheimischer Investition. Dieser in El Salvador höchst radikale und für die Abkehr von der Rentenökonomie bzw. für die Etablierung von Marktwirtschaft kontraproduktive Wandel der Devisen- und Surplusstruktur ist in seiner Dimension mit dem Einstieg des Landes in den Kaffeeexport und dann in die importsubstituierende Industrialisierung gleichzusetzen, deren Scheitern eine Ursache des Bürgerkrieges ist.

Die Ökonomie El Salvadors ist also, wie oben stehendes Diagramm zeigt, spätestens seit Ende des Krieges nicht nur keine Agrarexportwirtschaft, sondern, da sie für den Export kaum Industriegüter produziert, auch generell keine Exportwirtschaft von Gütern mehr. Sie diente stets nahezu ausschließlich äußeren Wirtschaftskreisläufen. Nun jedoch erfüllt sie dieselbe Funktion, indem sie – ob über remesas oder maquila – den äußeren Wirtschaftskreisläufen nicht mehr Exportgüter, sondern Arbeit als Produktionsfaktor zur Verfügung stellt (Montecino 2006: 838). Dabei spielt maquila im Vergleich zu remesas eine untergeordnete Rolle. Doch gäbe es die maquila, die seit 1997 fast die Hälfte des Exportvolumens stellt, nicht, würde die Exportrate El Salvadors sinken. In der maquila erfolgt auch die Präsozialisation künftiger Migranten und remesa-Verdiener (Puerta 2007).

Der Zufluss großer remesas-Ströme führt zu einer Aufwertung des Wechselkurses und damit zu einer spezifischen Ausprägung der Holländischen Krankheit[9], der remittances disease, die die Chancen für Exporte verschlechtert und Importe steigen lässt: 2005 wurden in El Salvador durch remesas 42 Prozent der Importe finanziert (Equipo 2006: 30). Remesas ermöglichen im Inland Konsum, ohne dass dieser durch die Vergütung einheimischer Arbeit gestützt wird. 83 Prozent der remesas werden in El Salvador für Konsum, insbesondere für den Nahrungsmittelkauf, ausgegeben (Equipo 2006: 27). Remesas füh-

9 Die Holländische Krankheit kann auftreten, wenn sich plötzlich neue Ressourcen auftun. Die hierdurch auftretende Aufwertung der Währung bringt Absatzprobleme der exportierenden Industrie mit sich. Der sinkende Export dieser Güter führt zum Rückgang oder Verschwinden der betreffenden Industrie.

ren zwar zu erhöhter Nachfrage, aber nicht – zumindest in El Salvador nicht – zu einem Anstieg der einheimischen Produktion. Nur zu etwa sechs Prozent werden remesas in El Salvador gespart, was nicht einmal heißt, dass diese Ersparnisse investiert werden. Viele Migranten sparen zudem in den Ländern, in denen sie leben. Die durch remesas künstlich geschaffene Nachfrage wird, wie bei der Holländischen Krankheit üblich, nicht auf die lokale Produktion, sondern auf Importe übertragen. Remesas finanzieren also Importe und vermindern damit die Anreize für lokale Produktion. Es wird weniger produziert, und die Beschäftigungschancen sinken. Werden auch Nahrungsmittel importiert, hat dies einen gravierenden Effekt auf die lokale Nahrungsmittelproduktion und die Beschäftigungschancen im Agrarsektor. Dies wiederum bewirkt Migration in die Städte und Urbanisierung. Urbanisierung lässt die Bevölkerungsdichte auch in den Behausungen enorm steigen. Familien, die zu zehnt auf 30 qm wohnen, verkraften das schlecht. Die Kinder entfliehen der Enge und gehen auf die Straße. Dort stehen die Maras bereit.

Remesas sind Folge ökonomisch motivierter Migration und haben folglich immer mit mangelnder Nachfrage nach Arbeit im eigenen Land zu tun. Migration erfolgt entweder wegen eines erwartbaren höheren Lohnes am anderen Ort (bei qualifizierten Arbeitskräften) oder wegen bestehender Arbeitslosigkeit am ursprünglichen Ort (bei wenig qualifizierten Arbeitskräften). Nicht nur das zweite, auch das erste Motiv ist den geografischen Unterschieden zwischen Angebot von und Nachfrage nach Arbeitskräften geschuldet. Arbeit migriert dann, wenn sie im eigenen Land unter ihrem Wert vergütet oder überhaupt nicht nachgefragt wird. Eine niedrige Vergütung von Arbeitskraft ist besonders typisch für oligarchische Strukturen, in denen kaum Konkurrenz herrscht. Für oligarchische Strukturen ist El Salvador ein exemplarischer Fall. Da die Migration in der Regel auch an das Motiv gebunden ist, an die eigene Familie remesas überweisen zu können, verstärken Migration und remesas einander in ihrer Wirkung wechelseitig.

Vergleicht man die durchschnittliche remesa-Summe, die jeder salvadorianische Haushalt monatlich erhält (157 US-Dollar) mit dem Minimallohn in El Salvador auf dem Land (83 US-Dollar), dann ergibt sich ein Verhältnis von fast 2 zu 1. Andererseits sind die Löhne in El Salvador höher als in Nicaragua, Honduras und in Guatemala, außerdem ist das Land im Unterschied zu jenen beiden Ländern dollarisiert. Dies hat einen Zustrom von honduranischen und nicaraguanischen Arbeitskräften nach El Salvador zur Folge, der höher ist als der Abfluss salvadorianischer Arbeitskräfte ins Ausland. Damit besteht wieder ein Arbeitskräfteüberangebot. Das wiederum reduziert die salvadorianischen Löhne, nicht jedoch die einheimische Arbeitskräftereserve, die in die USA migriert, weil es sich, angesichts des umgekehrten Lohngefälles, für sie nicht lohnt, in die zentralamerikanischen Nachbarstaaten auszuwandern.

Remesas entziehen der salvadorianischen Wirtschaft Arbeit. Einerseits gehen 67 Prozent der aus El Salvador migrierenden Männer und 66 Prozent der Frauen deshalb ins Ausland, weil sie Arbeit bekommen wollen (Equipo 2006: 11). Andererseits verringern remesas die Notwendigkeit und den Wunsch jener Familien, die diese bekommen, selbst zu arbeiten. Das hat damit zu tun, dass Personen aus Haushalten mit remesas höhere Lohnanforderungen stellen als Personen aus Haushalten ohne remesas und folglich nicht jede Arbeit annehmen (müssen). Die Arbeitslosigkeit der Haushalte mit remesas erreicht

8,6 und die der Haushalte ohne remesas 6,4 Prozent. Jene Departments (La Union, Cabañas und Morazán), die die meisten remesas erhalten, besitzen den geringsten Anteil ökonomisch aktiver Bevölkerung an der im arbeitsfähigen Alter befindlichen Bevölkerung (PNUD 2005 c: 89 – 92). Remesas können, da sie in El Salvador kaum in Bildung und noch weniger in die Produktion investiert werden, Arbeitskräfte nicht absorbieren, sondern nur – und auch das lediglich partiell – auslagern. All dies mindert die Produktionskapazität und -struktur des Arbeitskräfte entsendenden Landes.

Zwar ist mit 6,8 Prozent der ökonomisch aktiven Bevölkerung (2004) die offizielle Arbeitslosenrate in El Salvador dank der remesas bzw. der ihnen zugrunde liegenden herausragenden Migrationsrate ins Ausland, die der salvadorianischen Arbeitslosenstatistik 400.000 Personen (das sind 7,5 Prozent der ökonomisch aktiven Bevölkerung) entzieht, relativ gering, doch wenn man bedenkt, dass die Bundesrepublik Deutschland eine Arbeitslosenrate von zehn Prozent aufweist, zeigt sich, wie wenig glaubwürdig die salvadorianische Statistik ist. Weitaus interessanter ist in diesem Zusammenhang, dass El Salvadors Bevölkerung hinsichtlich der Angst der Bevölkerung vor Arbeitslosigkeit an der Spitze aller lateinamerikanischen Länder steht (Informe Latinobarómetro 2005: 64). El Salvador ist auch das Land in Lateinamerika, wo sich die Angst der Bevölkerung vor Arbeitslosigkeit und die vor Kriminalität am stärksten die Waage halten (Informe Latinobarómetro 2005: 70). Mit 42,8 Prozent an der ökonomisch aktiven Bevölkerung besitzt El Salvador zudem den gewichtigsten informellen Sektor – eine Form der verdeckten Arbeitslosigkeit – in Zentralamerika. Da ein großer Teil der Gewalttäter jugendlich ist, erweist sich insbesondere die Arbeitslosenrate der Jugendlichen relevant, die selbst nach der offiziellen Statistik mehr als doppelt so hoch ist wie die durchschnittliche der Bevölkerung.

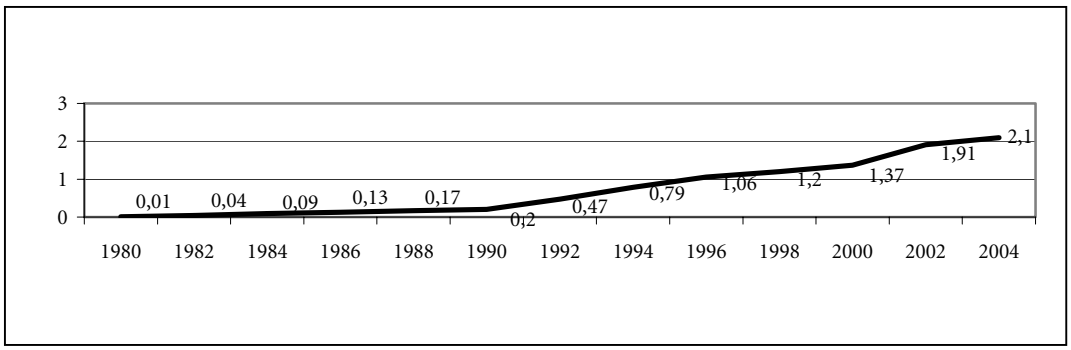
Damit ist der enorme Stellenwert der remesas an der ökonomischen Struktur El Salvadors anhand ihres Anteils an den Devisenzuflüssen, am Exportvolumen und am BIP nachgewiesen. Remesas verschaffen Vorteile, weil sie Konsum ermöglichen. Doch dies ist ein Konsum auf Pump. Denn remesas bedeuten Konsum ohne (einheimische) Produktion, Importe ohne Exporte sowie Lohneinbußen und Bedeutungsverlust von Arbeit. Remesa-Zuflüsse und Wachstum des BIP verhalten sich invers zueinander, weil der Verlust von Humankapital – der Hauptquelle ökonomischer Entwicklung – durch Abwanderung rezessive Konsequenzen zeitigt. Die in El Salvador seit 1995 beständig sinkende Wachstumsrate des nominalen BIP bei gleichzeitig beständig steigenden remesa-Raten bestätigt das. Gewaltspezialisten haben herausgefunden, dass zwischen sinkenden Wachstumsraten der Wirtschaft und der Zunahme von Kriminalität eine Korrelation existiert (Fajnzilber et al. 2000: 219-302). Wenn eine Korrelation zwischen steigenden remesas und sinkendem/stagnierendem BIP sowie zwischen hohem/steigendem BIP und niedrigen/sinkenden Homizidraten besteht, dann existiert auch eine Korrelation zwischen steigenden remesas und steigenden Homizidraten (Cáceres 2006: 602).

3. Schritt: Der herausragende Stellenwert der salvadorianischen remesas im zentralamerikanischen Vergleich und die Korrelation von remesa- und Gewaltraten auf dem Isthmus

Schaubild 5 zeigt, dass seit dem Beginn der Nachkriegs-Gewaltkriminalität 1992 die jährlichen remesa-Zuflüsse nicht nur kontinuierlich steigen – das war auch schon im Krieg der Fall – sondern dass ihre Wachstumsrate einen besonders steilen Anstieg hat. Es kann also

eine Korrelation zwischen den grundsätzlich hohen Homizidraten und den hohen und dabei zu Beginn der Nachkriegszeit abrupt steigenden remesa-Raten festgestellt werden. Damit ist zwar eine Korrelation mit dem generell hohen Ausschlag der Nachkriegshomizidrate demonstriert, jedoch noch nicht ihr sinuskurvenartiger Verlauf erklärt. Zu dieser Erklärung werden im Kapitel 4.2.2. die entsprechenden Faktoren herangezogen.

Schaubild 5: Jährliche Remesa-Transfers nach El Salvador, in Milliarden US Dollar



Quelle: Orozco 2004 b: 4.

In Latein- und Zentralamerika ist es El Salvador, wo die remesas mit 54,6 Prozent den größten Teil am Exportvolumen ausmachen. Auf dem zweiten Platz in Zentralamerika, doch mit 20 Prozentpunkten Unterschied, folgt Nicaragua (FMI 2000). Nur in der Dominikanischen Republik und in Nicaragua stellen remesas dabei einen höheren Prozentsatz als in El Salvador (PNUD 2005 c: 137). El Salvador mit 16,1 Prozent steht in dieser Beziehung vor Guatemala mit zehn Prozent. 1989 waren es noch vier Prozent (Andrade Eekhoff 2003: 18). In Nicaragua ist der Anteil der remesas am BIP mit 17,8 Prozent etwas höher als in El Salvador.

Doch anders als bei den salvadorianischen remesas fließt ein Drittel der nicaraguanischen remesas aus Costa Rica und damit nicht aus den USA. In El Salvador dagegen stammen 90 Prozent der remesas aus den USA. El Salvador nimmt (2003) bei der Pro-Kopf-Verteilung der remesas mit 361 Dollar unangefochten den zentralamerikanischen Spitzenplatz ein. Nicaragua belegt hier mit 147 Dollar nur den dritten Platz (Orozco 2004 a: 5, 7). Bei der jährlichen Verteilung der remesas pro empfangenden Haushalt erhalten salvadorianische Haushalte mit 2.300 US Dollar fast das Doppelte von nicaraguanischen Haushalten mit 1.170 US Dollar (Informe del Diálogo 2004: 7). Was schließlich den Anteil der remesas am Volumen der ausländischen Investitionen sowie an dem der offiziellen Entwicklungshilfe betrifft, so ist dieser in El Salvador mehr als doppelt (Investitionen) bzw. 60 mal (Entwicklungshilfe) so hoch wie in Nicaragua (Agunias 2006). Damit könnte auch die in Nicaragua weitaus höhere Investitionsrate erklärt werden. Daraus lässt sich ableiten, dass in Nicaragua auf die gleiche Menge remesas, die erfahrungsgemäß nicht investiert werden, ein weitaus höherer Zufluss jener Finanzen kommt, die immer bzw. zumindest oft investiert werden. Das so korrigierte Bild steht dann nicht mehr im Widerspruch zu den niedrigen Gewaltraten, ganz abgesehen davon, dass El Salvador nach allen anderen remesa-Indikatoren ohnehin an der Spitze Zentralamerikas und weit vor Nicara-

gua steht. Schließlich ist für die Erklärung der unterschiedlichen Gewaltraten in El Salvador und Nicaragua von Relevanz, dass die remesas in Nicaragua zu einem viel geringeren Teil aus den USA kommen, was mit einer weitaus niedrigeren Migrationsrate von Nicaraguanern als Salvadorianern in die USA zusammenhängt. Dies wiederum hat Auswirkungen auf den niedrigeren bzw. höheren Einfluss US-amerikanischer Gewaltsozialisation auf Nicaraguaner bzw. Salvadorianer.

Was den Stellenwert der remesas in der ökonomischen Gesamtstruktur betrifft, so habe ich gezeigt, dass El Salvador in Zentralamerika alle Länder schlägt und – das ist für das hier vorgetragene Argument besonders wichtig – bis auf den Anteil am BIP auch und gerade das gewaltarme Nicaragua in allen Punkten um Längen. Entscheidend für die Erklärung von Gewalt sind hier aber die pro-Kopf- und pro-Haushalt-Angaben, wo El Salvador weit vor Nicaragua liegt, weniger der Anteil der remesas am BIP, dessen Bedeutung im nicaraguanischen Fall durch äußere Investitionen ohnehin wettgemacht wird. Dies wurde vor dem Hintergrund demonstriert, dass mit der im Nachkrieg grundsätzlich hohen Homizidrate eine hohe, ja abrupt steigende Wachstumsrate der remesas einhergeht. Damit ist die Korrelation zwischen hoher remesa-Rate und hoher Gewaltrate im zentralamerikanischen Vergleich bestätigt.

Schritt 4: Die Korrelation zwischen hohen remesa-Raten und hohen Gewaltraten im innersalvadorianischen Vergleich

Zwar erhalten die Haushalte in den gewaltarmen *Departments* El Salvadors vergleichsweise viele remesas, doch was die Haushalte in den bevölkerungsreichsten *Munizipien* betrifft, so erhalten diese, unabhängig davon, ob sie sich in gewaltarmen oder gewaltreichen Departments befinden, viele remesas und sind zugleich gewaltintensiv: In den gewaltintensiven Departments stehen San Salvador mit 19.511 und Santa Ana mit 14.840 Haushalten an der Spitze des remesa-Rankings. Enorm viele Haushalte bekommen auch in Soyapango (19.332) remesas – nach San Salvador die Stadt mit den meisten Homiziden. San Salvador, Soyapango und Santa Ana stehen sowohl hinsichtlich der Anzahl der remesaempfangenden Haushalte als auch der monatlichen remesa-Rate pro Person an der Spitze. Gleichzeitig nehmen sie in der Homizidratenstatistik die drei ersten Plätze ein. Das an der Spitze der Gewaltstatistik stehende Municipio Sonsonate hat einen ähnlich hohen remesa-Anteil pro Person wie die in der Gewaltstatistik nachfolgenden San Salvador, Soyapango und Santa Ana (PNUD 2005 b: 175-178).

Damit besteht zwar keine Korrelation zwischen hoher remesa- und hoher Gewaltrate in den Departments, wohl aber in den bevölkerungsreichsten, urban geprägten Munizipien. Die positive Korrelation zwischen den Munizipien ist deshalb wichtiger als die negative zwischen den Departments, weil Gewalt insbesondere in den bevölkerungsreichsten urbanen Zentren verankert ist.

Schritt 5: Die Kausalitätsbeziehung zwischen höchsten remesa- und Gewaltraten am salvadorianischen Beispiel

These 1: Remesas führen zu hohen Gewaltraten, da sie – indem sie systemgefährdenden „Überdruck" ableiten – ein neuartiges Ventil für tradierte oligarchische Strukturen bilden, die grundsätzlich Gewalt befördern.

Remesas sind ein Ventil für oligarchische Strukturen, weil sie der Oligarchie und ihrem System Stabilität erlauben, indem sie den „Überdruck" jener Gefahren (Arbeitslosigkeit und Armut), die diese Strukturen anderenfalls gefährden könnten, „ablassen", so dass die Oligarchie ihre eigenen Renten- und Herrschaftsansprüche nicht zugunsten der Etablierung von Marktwirtschaft aufgeben muss. Mit den remesas als neuer Rente gewinnt die Oligarchie ein Substitut für ihre inzwischen nicht mehr lukrative Agrarrente, das sich zudem glänzend an ihre eigene neue Rente, die – spekulativ angelegte – Effektenrente, anbindet, zumal die remesas in der Regel über Filialen salvadorianischer Banken in den USA, die die salvadorianische Oligarchie besitzt, in die Heimat geschickt werden. Maquila sowie Banken und Handel sind diejenigen Branchen, die in besonderer Weise durch fiskalische Subventionen des (oligarchischen) Staates gestärkt werden und somit zwischen 1990 und 2004 das höchste mittlere Wachstum erreichen konnten (PNUD 2005 c: 140). Remesas binden sich nicht nur ideal an Effektenrenten an, als Ventil erlaubten sie der alten Oligarchie zugleich, zu einer neuen Oligarchie zu werden und den Sprung El Salvadors von einer Agrarexportwirtschaft zu einer – spekulativ statt produktiv wirtschaftenden – Finanz- und Dienstleistungsgesellschaft zu vollziehen.

Remesas erhöhen nicht, sondern verringern Armut und Ungleichheit, letztere zumindest in der Form, wie sie vom Gini-Koeffizient gemessen wird, weil sie Konsum ermöglichen. Das ist auch in El Salvador so. Hätte es 2004 keine remesas gegeben, wäre die Armut um sieben Prozent höher gewesen als tatsächlich. In den anderen zentralamerikanischen Ländern besitzen remesas ein weit geringeres Potenzial zur Armutsreduzierung. Ohne remesas wäre in El Salvador auch der Gini-Koeffizient um 0,04 höher gewesen. Damit verbindet sich für die Oligarchie ein legitimatorischer Vorteil: Die Migranten erscheinen weder in der einheimischen Arbeitslosen- noch in der Armen- noch in der Analphabeten- noch in der Unterernährtenstatistik. Wenn in der Regel Personen mit großer Initiative und Zielstrebigkeit migrieren – das sind oft die, die in den comunidades Führungspersönlichkeiten sind – dann ist auch dies günstig für die Stabilität des oligarchischen Systems, wenn auch schlecht für das soziale Kapital der comunidades.

Es sind nicht die Ärmsten, die ins Ausland migrieren – sonst könnten sie nicht die etwa 5.000 bis 10.000 US-Dollar zusammenbringen, die die beiden coyotes kosten: Einer der hilft, die mexikanische Grenze zu überschreiten, und einer, der das Gleiche an der Grenze zu den USA tut. In den Ländern, die eine besonders hohe Armutsrate aufweisen, sind die Armen zu arm, um die Kosten für eine Migration, insbesondere in die USA, tragen zu können. Es migrieren vor allem das zweite und dritte Quintil von unten in die USA, obwohl sie im Vergleich zu ihren Pendants in Zentralamerika (außer Costa Rica) relativ gut gestellt sind und trotz der hohen Transaktionskosten, die jede Migration mit sich bringt. Der honduranische Migrationspezialist Ricardo Puerta geht davon aus, dass in erster Linie die aufsteigende, in ihrem Aufstieg aber abgebremste untere Mittelklasse in die USA migriert (Puerta 2007).

Als Ventil für oligarchische Strukturen funktionieren remesas deshalb, da sie Armut, generelle Ungleichheit und Arbeitslosigkeit mindern, weil sie diese auslagern. Remesas tragen zur Legitimation oligarchischer Strukturen bei, so dass die bei prekären Verteilungsverhältnissen ansonsten gängige politische Kanalisierung von Unzufriedenheit, insbesondere der Unterschichten, die oligarchische Herrschaft und Rentenaneignung in Frage stellt, nicht auftritt. Die Oligarchie kann dank der remesas auf das Risiko verzichten, das eine Abkehr von der Rentenökonomie und eine Zuwendung zur Marktwirtschaft für sie mit sich bringen würde.

These 2: Remesas führen zu Gewalt, indem sie ökonomische Strukturen schaffen, die den von remesas Ausgeschlossenen aus Deprivations- bzw. Frustrationsgründen den Gebrauch von Gewalt als Zugang zum Markt nahe legen.

Selbst wenn Salvadorianer in El Salvador Arbeit bekommen, lohnt sich diese angesichts der stark gesunkenen Löhne im eigenen Land und der lukrativen Alternativen in den USA für sie nicht. Wenn sich Arbeit im Inland nicht mehr lohnt, die Betroffenen aber „reich" genug für die Migration und die Arbeit im Ausland sind, dann ist für sie diese Alternative lukrativ. Wenn sie dagegen zu arm sind, um zu migrieren, wenn sie andere mit der Migration verbundene Transaktionskosten scheuen oder wenn sie vom Migrationsziel wieder zurück in ihr Heimatland ausgewiesen werden, wo sie dann keinen Zugang mehr zum Arbeitsmarkt finden, dann sehen sie sich veranlasst, eine andere Alternative zu wählen. Der remesa-Empfänger kann sich ein Marken-T-Shirt kaufen, sie selbst nur ein normales. Der remesa-Empfänger kann sich einen Pick-up leisten, sie nur ein Pferd. Das frustriert. Die so Frustrierten suchen nach einem, einheimische und auswärtige Arbeit ersetzenden bzw. ergänzenden Substitut für den Zugang zum Markt. Dazu bietet sich Gewalt an. Nicht umsonst ist in El Salvador Gewalt inzwischen immer stärker ökonomischen Interessen geschuldet. Maras bieten ein ökonomisch besseres Leben, nicht nur in den USA, sondern auch im Heimatland. Die in El Salvador verbliebenen Jugendlichen können auf diese Weise, soweit sie in den Maras integriert sind, selbst dann, wenn sie keine remesas erhalten, mit ihren ausgewanderten Freunden oder den Freunden im Inland, die remesas erhalten, in Bezug auf den Lebensstandard konkurrieren.

Seit 1989 sind die Löhne in El Salvador stark gesunken, der mittlere Reallohn um mehr als zwölf und der Minimallohn fast um 17 Prozent (PNUD 2005 c: 13, 26). In den USA verdienen Salvadorianer sechsmal mehr als ihre Landsleute in El Salvador. Was den Human Development Index betrifft, so konnten sich die salvadorianischen Migranten in den USA im Vergleich zu ihren Landsleuten in El Salvador um 24 Plätze nach vorn schieben (PNUD 2005 c: 93). Werden sie ausgewiesen, erfahren die Rückkehrer Deprivationen und Frustrationen, was dazu führt, dass sie nicht mehr dort anfangen wollen, wo sie einst aufgehört hatten und nach – gewaltsamen – Alternativen suchen, die den von ihnen zuvor in den USA genossenen Lebensstandard ermöglichen.

El Salvador ist ein klassisches Beispiel dafür, dass sich relative Deprivationen auf einem vergleichsweise niedrigem Niveau, das heißt, ohne dass der Abstand zur eigenen Umgebung groß ist, abspielen können und die gleichen Konsequenzen zeitigen wie absolute Deprivationen oder relative Deprivationen auf hohem Niveau – unter anderem die der Gewalt. Die Konsumangebote und -erwartungen sind in El Salvador aufgrund des Ge-

wichts der remesas extrem hoch, doch die Möglichkeit, sie für alle, insbesondere für die Jugendlichen, zu befriedigen, vergleichsweise gering, so dass Kriminalität, darunter Gewalt, als einzige Chance gesehen wird, den eigenen Erwartungen und den von Anderen gesetzten Maßstäben zu entsprechen.

Zur Bipolarität zwischen oberstem und unterstem Quintil, die politischen Unmut hervorrufen kann, das aber in El Salvador nicht tut, weil der in seinem Anspruch erfolglose Bürgerkrieg, der einst auf dieser Grundlage ausgebrochen war, nur Müdigkeit hinterlassen hat, kommen in El Salvador bemerkenswerte Einkommens- und Konsumunterschiede innerhalb der bzw. zwischen dem zweiten und dritten Quintil von unten hinzu. Es ist nicht so sehr das absolute ökonomische Kosten- und Nutzenkalkül, das in El Salvador Gewalt befördert. Vielmehr ist es der im Vergleich zur Umwelt – zu den verwandten und bekannten Migranten in den USA und auch zu den Rückkehrern aus dem eigenen bzw. dem nächsthöheren Quintil – real oder zumindest in der Perzeption niedrige Lebensstandard, der ähnlich stark wirkende Deprivationen und Frustrationen hervorruft wie Armut oder große Ungleichheit. Anders jedoch als die absoluten Deprivationen oder die relativen Deprivationen auf hohem Niveau lassen sich die relativen Deprivationen auf niedrigem Niveau – obwohl sie nicht weniger mächtige Frustrationen hervorrufen – nicht politisch kanalisieren und entladen sich daher in Gewaltkriminalität.

These 3: Migrationen und remesas führen zu Gewalt, indem sie in ihrem Umfeld im Entsende- und Zielland soziale Leere hinterlassen und konservieren, die einerseits Sozialkapital zerstört und Anomie hervorbringt und andererseits das Bedürfnis nach neuem Sozialkapital und Struktur schafft. Doch das neue Sozialkapital ist pervers, denn es ist mit einer Gewalt verbunden, die sich nur zum Teil strukturieren kann und ansonsten anomische Gewalt generiert.

Die Migration des sozialen Umfelds und die von den Salvadorianern ständig ventilierte Möglichkeit, selbst zu migrieren, zerstört soziale Netze und führt zu sozialer Leere, die paradoxerweise gerade in den dichtbesiedelten urbanen Zentren auftritt. Die Mehrheit der Salvadorianer fühlt sich von Verwandten oder Freunden verlassen und durch eigene oder fremde Migration entwurzelt. Sie ist immer „auf der Durchreise", mit dem Gefühl, morgen vielleicht auch auszuwandern. Dies mindert nationales oder auch kommunales Zugehörigkeits- und Zusammengehörigkeitsgefühl, zumal gerade Führungspersönlichkeiten der comunidades auswandern. Salvadorianer unterliegen daher dem Eindruck, keine Nation zu haben (González, L. 2006). Folglich suchen die Betroffenen in den Maras Räume, die nicht „leer" sind, wo „man sich um sie kümmert", wo sie eigene soziale Netze knüpfen können. Damit befinden sie sich nach eigener Sicht endlich nicht mehr am Rand, sondern im Zentrum der Gesellschaft. Als Gegenentwurf zur sozialen Leere und Anomie in der Gesellschaft bieten Maras nicht nur Gewinn oder Status, sondern auch Struktur, obwohl sie ihrerseits nur in einer anomischen Gesellschaft überleben können und es lediglich in Grenzen, das heißt nur im unmittelbaren Umfeld vermögen, Anomie zu ordnen, indem sie dort Gewaltordnungen bilden.

Migration führt aber auch zur Desintegration oder Dysfunktion der zurückgebliebenen Familien im Heimatland, was die Gewaltneigung der zu Hause gebliebenen Kinder und Jugendlichen erhöht. Die mit ihren Eltern in die USA migrierenden salvadorianischen Kinder und Jugendlichen erfahren andere Gründe für eine solche Familien-

Desintegration bzw. -Dysfunktion: Ihre Eltern arbeiten so viel und sind mit den neuen Lebensbedingungen oft derart überfordert, dass sie weder Zeit noch Kraft für ihre Kinder haben, die ihre Zuflucht unter Gleichaltrigen und Gleichgesinnten in den US-amerikanischen Maras suchen. Obwohl remesas fließen, ist das Vertrauen zwischen Sender und Empfänger gering, so dokumentieren soziologische Untersuchungen (Puerta 2007). Oftmals gehen die Männer (mehr als die Frauen) im neuen Land neue Partnerschaften ein und schicken ihre remesas nach Hause, um sich und ihr Gewissen freizukaufen. Wer in die USA migriert, sich dort illegal, ohne Aufenthaltsgenehmigung oder Visum, aufhält und somit weder Arbeitsrecht noch andere Rechte einklagen kann, ist einerseits selbst kriminell (weil illegal) und wird andererseits (weil von den Gesetzen ungeschützt) auch schnell zum Opfer von Kriminalität. Diese Erfahrung sozialisiert die Mareros in spe und verstärkt sich in den Maras, wo jugendliche Betroffene Schutz suchen. Werden sie wegen illegalem Aufenthalt oder anderer illegaler Handlungen aus den USA ausgewiesen, sind sie oft bereits als Kriminelle sozialisiert. Letztlich gibt es, insbesondere für Jugendliche, zwei Migrationen – in die USA und in die Maras, manches Mal auch beides zugleich. Auch Mareros senden aus den USA remesas in die Heimat. Was die Mareros in El Salvador betrifft, so finden sie ihre „remesas" selbst dann, wenn sie oder ihre Familien keine remesa-Empfänger sind – in den kriminellen Geschäften der Maras. Nicht von ungefähr sieht die UNDP in den Maras eine eigenständige „soziale und kulturelle remesa" (PNUD 2005 c: 372).

Der Zusammenhang zwischen remesas und Gewalt ist also komplex: Längerfristig-strukturell dienen remesas als Ventil für Oligarchie- und Marginalitätsstrukturen, da die Oligarchie durch die remesas der Aufgabe enthoben wird, einheimische Arbeit und Investitionsgüterproduktion zu stärken. Damit würde sie sich selbst bzw. die Rentenökonomie generell abschaffen, also genau jene Strukturen, die grundsätzlich gewaltanfälliger sind als es Marktwirtschaft wäre. Kürzerfristig implizieren remesas 1) eine neue relative Deprivation auf niedrigem Niveau, die Neid und Frustrationen erzeugt, was den Betroffenen den Gebrauch von Gewalt als Substitut für den Zugang zum Markt nahelegt, 2) die Zerstörung bestehender (gewalteinhegender) sozialer Netze und 3) die Sozialisierung der Migranten in den entsprechenden Gewaltmilieus der USA.

4.2.2 Defizitäre und repressive Performanz des Sicherheitssektors

4.2.2.1 Strategien

Drei Strategie-Phasen, die nicht mit einzelnen Präsidentschaften kongruent sind, kennzeichnen die salvadorianische Sicherheitspolitik im Nachkrieg: 1) die Phase der Demokratisierung und Erneuerung des Sicherheitssektors durch die Implementierung neuer bzw. erneuerter Institutionen, ohne dass jedoch das Gewaltproblem erkannt worden wäre (1992 – 1996), 2) die Phase des Übergangs, in der mit einer partiellen Neu-Institutionalisierung und Zentralisierung von Sicherheitspolitik sowie mit Reformen und Konterreformen in der Strafgesetzgebung auf das Gewaltproblem reagiert und eine repressive Sicherheitspolitik vorbereitet wurde (1996 – 2003), und 3) die Phase der repressiven Sicherheitspolitik einer (súper) mano dura ((super) harte Hand), die allerdings mit Elementen einer sozial präven-

tiven mano amiga (freundschaftliche Hand) und einer reintegrativen mano extendida (ausgestreckte Hand) versetzt wird (ab 2003).

Phase 1

Das Paradoxon dieser unter Präsident Alfredo Cristiani beginnenden und unter seinem Nachfolger Armando Calderón Sol zu Ende gehenden Phase, die noch dem peace building zuzuordnen ist, war es, dass einerseits in Umsetzung des Friedensabkommens sehr viel dafür getan wurde, einen neuen Sicherheitssektor zu etablieren, andererseits reale Entwicklungen in genau dem Politikfeld, auf das seine Politik fokussiert ist, völlig ignoriert wurden. Nachkriegsgewalt war in den Friedensgesprächen, wenn überhaupt, nur als Problem der Ex-Kombattanten und ihrer unzureichenden Eingliederung ins Zivilleben vorausgesehen worden (Cristiani 2006; Calderón 2006), nicht aber als ein Phänomen, das vor allem von Tätern getragen sein könnte, die schon zu einer neuen Generation gehören und auch verwandtschaftlich nichts mit Ex-Kombattanten zu tun haben. Gleichwohl, die in dieser Phase verübten Gewaltakte waren tatsächlich auch politischer Natur und gingen von Ex-Kombattanten beider Seiten oder von neuen Todesschwadronen aus, oder aber sie waren den üblichen Auseinandersetzungen in den Familien und zwischen Nachbarn geschuldet. Doch von den Verantwortlichen wurde verpasst, dass sich bereits in dieser Phase der Übergang von der politischen Gewalt zu einer Gewaltkriminalität großen Stils vollzog, die schon hier in den Maras ihre Protagonisten hatte.

Ein Programm für öffentliche Sicherheit, so der damalige Präsident Cristiani, gab es weder unter seiner Präsidentschaft noch unter der seines Nachfolgers Calderón (Cristiani 2006). Die wirtschaftliche und politische Elite war zu jener Zeit allein daran interessiert, dass die Entführungen, die sie selbst betrafen, aufhörten. Dafür unterstützten sie eine spezielle Polizeieinheit, die den Entführungen dann auch ein Ende bereitete. Als Zeichen dafür, dass die Gewaltkriminalität als strukturelles Gesamtphänomen noch immer ignoriert wurde, sei ein anekdotischer „Beweis“ angeführt: Die Autorin erhielt 1997 – die Gewaltkriminalität hatte gerade ihren Höhepunkt erreicht – vom damaligen Minister für Sicherheit die Antwort: „Gewalt? Hier gibt es keine Gewalt. Wenn Sie Gewalt suchen, gehen Sie nach Guatemala.“ (Barrera 1997)

Dennoch waren in dieser Phase, allerdings nur zu ihrem Beginn, Erfolge zu verzeichnen: Erstmals war in El Salvador die nationale Verteidigung (nach außen) institutionell von der öffentlichen Sicherheit (nach innen) unterschieden. Die einst dem Verteidigungsministerium unterstellte alte Nationalpolizei sah sich von einer neuen, dem Ministerium für öffentliche Sicherheit kontrollierten zivilen Nationalpolizei abgelöst, die zu 20 Prozent aus FMLN-Kämpfern, zu 20 Prozent aus Angehörigen der alten Nationalpolizei sowie zu 60 Prozent aus unabhängigen Polizisten bestehen sollte. Dies war eine bis dahin zumindest in Lateinamerika einzigartige Errungenschaft. Es wurde die Academia Nacional de Seguridad Pública (ANSP) gegründet, die die Kandidaten für die neue Polizei zu durchlaufen hatten. Doch die Demobilisierung der alten Polizei und der anderen Sicherheitsorgane bewirkte, solange die neuen nicht etabliert waren, ein Sicherheitsvakuum. Erst ein Jahr und zwei Monate nach Friedensschluss begann die neue Polizei im ersten Department (Chalatenango) zu funktionieren.

Im Unterschied zur Polizei hat die Judikative in der Transition keine große Rolle gespielt. Die Fusion der drei Gewalten und die Politisierung der Judikative bestehen auch noch nach dem Friedensabkommen. Doch haben die Friedensverhandlungen und die Verfassungsreformen von 1991/92 die Unabhängigkeit der Justiz gestärkt, auch wenn letztere im Transitionsprozess weniger reformiert wurde als die Armee und Polizei (Díaz 1995: 138).

Phase 2

Diese Übergangsphase nahm noch unter der Präsidentschaft von Calderón Sol ihren Anfang und endete unter Präsident Francisco Flores. Der neue Sicherheitssektor war nun im Wesentlichen institutionalisiert, und die unmittelbaren (politischen) Gewaltnachwehen des Krieges waren beendet. Folglich sank die Gewaltrate, auch weil die partielle und repressive Neu-Institutionalisierung und Zentralisierung von Sicherheitspolitik sowie die entsprechenden Konterreformen in der Strafgesetzgebung, mit denen auf das zwar beträchtlich gesunkene, aber noch immer auf hohem Niveau weiterbestehende Gewaltproblem reagiert werden sollte, gerade erst ihren Anfang nahmen und somit noch nicht ihre verheerende Wirkung zeitigen konnten.

Die Phase wurde mit der Annahme des Gesetzes Ley Transitoria de Emergencia contra la Delincuencia am 19. März 1996 eingeläutet. Das Gesetz hatte eine Geltungsdauer von zwei Jahren und diente der verfassungswidrigen Einführung des Ausnahmezustandes. Gleichzeitig wurden neue Strafen eingeführt, mit denen das bis dahin übliche Strafmaß für solche Delikte um ein Drittel, für Angehörige der Polizei sogar um zwei Drittel, erhöht wurde. Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren sollten Strafen erhalten, die bis zu einem siebenjährigen Freiheitsentzug reichen konnten. Dies bedeutete eine Verletzung der UN-Konvention für die Rechte der Kinder. 1997 wurden Reformen zur Modifikation des Artikels 24 der Verfassung angenommen, die die Privatsphäre der Bürger beschnitten. Briefe konnten nun von Staatsdienern gelesen, Telefone abgehört werden. 1998 wurde eine neue Strafgesetzgebung angenommen. Bereits in ihr gab es eine starke Tendenz, dass Gesetze, die für die Organisierte Kriminalität gedacht waren, auf die normale Delinquenz Anwendung fanden (Martínez Ventura 2005: 358f.). Verdeckte Ermittler, Hausdurchsuchungen und Festnahmen ohne richterlichen Befehl sowie Einzug von Eigentum waren nun rechtlich erlaubt. Seit 2001, dem Jahr der „contrareforma", hielt eine weitere Verschärfung der Strafrechts- und Strafprozessordnung Einzug. Das maximale Strafmaß wurde auf 75 Jahre erhöht, und die vorläufige Festnahme wurde, entgegen der Amerikanischen Menschenrechtskonvention, von der Ausnahme zur Regel. Ganz abgesehen davon, dass illegale Festnahmen unter dem falschen Vorwurf des Widerstandes gegen die Staatsgewalt an der Tagesordnung waren, um die Quote zu erfüllen.

1996, als die UN-Mission zur Verifizierung der Friedensverträge endete, wurde als ein Ersatz dafür im Bereich der inneren Sicherheit der Consejo Nacional de Seguridad Pública gegründet. Zunächst leitete der Minister für Sicherheit, Hugo Barrera, diesen Rat. Damals galt der Rat als Vermittlungsinstanz zwischen ARENA und FMLN. Mit Salvador Samayoa – er wurde später dessen Präsident – und David Escobar Galindo gehörten ihm zwei „Väter" des Friedensabkommens an, die den entgegengesetzten Seiten des Bürgerkrieges nahegestanden hatten. 1999, unter Präsident Francisco Flores, erhielt der Consejo die Funk-

tion eines Beraterorgans des Präsidenten in Sicherheitsfragen und wurde beauftragt, präventive Strategien zu entwerfen (Bonilla 2006). Der Präsident des Rates besitzt Kabinettsrang. Doch erst 2002, als der Consejo dem neu gegründeten Ministerio de Gobernación zugeordnet wurde, begann er tatsächlich zu funktionieren.

Präsident Flores hatte, nicht zuletzt weil seine Kandidatur ein Resultat der Krise in ARENA war (Calderón 2006), von Beginn seiner Amtszeit an als Ausweg aus dieser Krise die öffentliche Sicherheit zur Priorität erklärt. Er bemühte eine etwas stärker problemorientierte Linie als sein Vorgänger, die aber technokratisch und nicht nachhaltig – das heißt, ohne die Beseitigung der strukturellen Gewaltursachen zu avisieren – umgesetzt wurde. Mit der Bildung des Ministerio de Gobernación 2001, das alle Sicherheitsinstitutionen in sich bündelte, wurde zwischenzeitlich ein Mega-Ministerium geschaffen und die Sicherheitspolitik vollkommen zentralisiert Das ist inzwischen rückgängig gemacht worden: Seit Dezember 2006 gibt es wieder ein selbstständiges Ministerio de Seguridad Pública y Justicia. Dies ist eine Reaktion auf das massive Ansteigen der Gewaltrate.

Phase 3

Im Juli 2003, noch unter Präsident Flores, wurde, zunächst vor allem als Wahlkampfthema, die Strategie der mano dura, eingeführt, nicht umsonst war der Innenminister zugleich Vizepräsident für Ideologie in ARENA und Chef von deren Wahlkampagne. Die Bevölkerung, so Ex-Präsident Cristiani, wollte das so: die Maras sollten ausgerottet werden, auch wenn dies bedeuten sollte, die Mareros zu töten (Cristiani 2006). Das entsprechende Ley Antimara[10] wurde zwar im Oktober 2003 vom Parlament angenommen, doch es hatte nur eine Geltungsdauer von 180 Tagen und wurde am 1. April 2004 offiziell für verfassungswidrig erklärt. Am selben Tag wurde es durch das Ley para el Combate de Actividades Delincuenciales de Grupos o Asociaciones Ilícitas Especiales abgelöst, das seinerseits nur drei Monate galt und gleichfalls für verfassungswidrig erklärt wurde.

Prämisse der Strategie der mano dura und der speziellen Gesetze war, dass das Gros der Gewalt von den Maras ausginge. Doch die Prämisse war falsch. Mit dem Argument, allein die Mitgliedschaft in den Maras sei kriminell, weil es sich dabei um eine Vereinigung handele, die zum Zweck gegründet sei, Verbrechen zu begehen, wurde jeder Marero zum Kriminellen erklärt, unabhängig ob er gemordet, vergewaltigt oder geraubt hatte. Zudem wurde nicht geprüft, ob es sich bei der betreffenden Jugendbande überhaupt um eine Vereinigung handelte, die die Organisationskriterien einer kriminellen Vereinigung erfüllt. Mehr noch, schon äußere Merkmale wie Tätowierungen, Graffiti oder Gebärdensprache sollten ausreichen, eine Person als Marero zu identifizieren und zu kriminalisieren. Doch auch Gehörlose nutzen die Gebärdensprache und auch Rocker sind tätowiert.

Der Plan mano dura hatte für die Regierung mindestens vier Vorteile: 1) Mit den Maras war ein Sündenbock, ein universeller Gewalttäter, gefunden, den man gut erkennen und – hart – bekämpfen konnte, ohne Gewaltursachen anzugehen. Immer wiederkehrende Versuche, Verbindungen zwischen Maras und El Quaida zu behaupten, mit denen „der

10 Das Ley Antimara sollte auf alle Personen angewandt werden können, die älter als zwölf Jahre sind.

Weltfrieden bedroht werde" (Vilanova Chica 2006), sollten mit den Maras das Bild des zentralamerikanischen Pendants islamistischer Terroristen konstruieren. Von einigen US-amerikanischen Militärstrategen und Politikern wurde dieser Versuch dankend aufgenommen. 2) Nachdem die früheren FMLN-Kombattanten ins Zivilleben integriert waren, gab es nun „neue Guerrilleros", denen die Regierungsseite meinte vorwerfen zu können, sie seien die politische Reserve der FMLN. Da die Bestimmung der „illegalen Gruppierung" nicht auf klaren Kriterien fußte und die Gefahr eines nationale Sicherheit in Frage stellenden Terrorismus ohnehin überall und immer vermutet wird, können nun auch soziale Proteste auf der Straße kriminalisiert werden. 3) Die auf diese Weise geschürte öffentliche Unsicherheit brachte, so die Ombudsfrau für Menschenrechte (Alamanni de Carrillo 2007), ängstliche Menschen hervor, die stillhielten – genau das Richtige für eine angekratzte Systemstabilität. Das war nützlich für die Herrschaft von ARENA. 4) Das Thema „Maras" eignete sich hervorragend als Wahlkampfthema, nicht nur dann, wenn der Präsident in der Colonia Monserrat extra für die Medien mit Panzern einfuhr.

Der seit 2004 regierende Präsident Antonio Saca steht zwischen zwei Fronten: Zum einen musste er angesichts der internationalen Kritiken am Menschenrechte verletzenden Anti-Mara-Gesetz von Flores einlenken, zum anderen wollte er sich mit Erfolgen bei der Bekämpfung der Gewalt profilieren. Die Lösung war für ihn die Strategie der súper mano dura, die sowohl ein „puño de hierro" (eiserne Faust) als auch eine mano amiga und eine mano extendida einschließen sollte. Die Strategie wurde Ende August 2004 verkündet. Ein neues Gesetz zur Mara-Bekämpfung wurde nicht für nötig erachtet, Reformen bestimmter Gesetze sollten ausreichen. Die mano amiga implizierte soziale Maßnahmen zur Gewaltprävention, das heißt für Jugendliche, die zwar in risikoreichen Barrios leben, aber selbst noch keine Gewalttäter sind. Die mano extendida war dagegen für solche Jugendliche gedacht, die bereits Banden-Mitglieder sind und die in die Gesellschaft wieder eingegliedert werden sollten. Wie sogar ein führendes ARENA-Gründungsmitglied, das seinen Namen nicht genannt wissen will, erklärte, besaß die súper mano dura weitaus mehr Gewicht als die mano amiga oder extendida. Dies musste von den Maras als Provokation aufgefasst werden. Doch Provokation sei das Ungünstigste gewesen, was man tun konnte (ARENA, anonym 2006). Mit der Strategie der mano amiga und der mano extendida entfernte sich Saca von der für Flores typischen *ausschließlich* repressiven Strategie. Gleichzeitig verkaufte er seine Strategie besser in den Medien.

Polizei und Consejo Nacional de Seguridad Pública bekamen daraufhin vier Richtlinien für die innere Sicherheit: Korrektur, Prävention (das sind die beiden Aufgaben der Polizei bzw. des Strafvollzugs), Rehabilitation und Wiedereingliederung (das sind die beiden Aufgaben des Consejo). Die drei letzten Punkte waren neu. Der erste Punkt dagegen war schon Bestandteil der alten Strategie der mano dura, doch er gestaltete sich unter dem neuen Plan noch repressiver, eben „súper duro", aber gleichzeitig stärker formalisiert: Nach wie vor war die Mitgliedschaft in einer Mara als illegaler Vereinigung strafrechtlich relevant. Doch äußere Merkmale wie Tätowierungen oder Graffiti sollten nun nicht mehr ausreichen, um eine Person als verdächtigen Marero festzunehmen. Festnahmen erfolgten auch nicht mehr so massiv wie zuvor, sondern selektiver. Der Kampf gegen die Maras wurde stärker institutionalisiert, unter anderem mit der Bildung der Grupos de Tarea Anti-Pandilla (GTA), die aus vier Soldaten und einem Polizisten bestehen und so

eigenständig agieren, dass oft nicht einmal die Polizeichefs der Munizipien über ihre Tätigkeit Bescheid wissen. Die Polizei ist nun auch berechtigt, ohne Duchsuchungsbefehl in destroyer oder mirins der Maras einzudringen und dort Mareros, ohne dass diese Personen oder Eigentum geschädigt haben, festzunehmen.

Kritiker (darunter vor allem Richter) bemängeln (zu Recht), dass die Ermittlungen der Polizei unzureichend sind, weil sie ungenügend Beweise beibringt, Täter auf Verdacht inhaftiert, was nach rechtsstaatlichen Prinzipien nicht statthaft sei. Die Polizei beschwert sich (ebenfalls zu Recht), dass sie, rechtlich gesehen, aus eigener Initiative gar keine Ermittlungen anstellen dürfe, weil dies bzw. die Anweisung dazu Pflicht der Staatsanwaltschaft sei, der letztere aber nicht nachkomme. Sie, die Polizei, ermittle trotzdem, um der Staatsanwaltschaft zu helfen. Wenn sie einen Tatverdächtigen nach 72 Stunden freilassen muss, weil keine Anweisung von der Staatsanwaltschaft vorliegt, schaffe das den Eindruck von Straflosigkeit. Die Richter kümmere das nicht, sie ließen Straftäter frei und erfüllten die Gesetze nicht, weil sie Angst hätten (Ávila 2007). Die Richter ihrerseits verweisen (zu Recht) darauf, dass es nicht ihre Pflicht sei, Ermittlungen durchzuführen und dass sie Haft nur dann anordnen dürfen, wenn ausreichend Beweise vorliegen und diese relevant und legal sind (Ortíz Ruíz 2006). Mangels fehlender Beweise lassen sie nicht nur Unschuldige, sondern auch Schuldige frei – und sie müssen dies, rechtlich gesehen, auch so tun. Unter diesen Freigelassenen sind auch Mareros, die nun ihre Erfahrungen dazu nutzen, sich noch mehr zu „klandestinisieren" (Linares 2006).

Im März 2007 wurde schließlich das Ley del Crimen Organizado angenommen. Damit wurde die Strategie der súper mano dura noch verschärft. Maras werden jetzt als Teil und nicht nur als Instrument der Organisierten Kriminalität angesehen. Sie bleiben laut Gesetz eine illegale Gruppierung. Stehen auf Organisierte Kriminalität bis zu 50 Jahre Haft, so werden Homizide bei Erwachsenen in der Regel nur mit bis zu 35 und bei Minderjährigen mit bis zu sieben Jahren bestraft. Sämtliche Strafen können aber summiert werden. Somit kann eine Person bei mehreren Delikten bis zu 75 Jahren verurteilt werden.

Die linke Oppositionspartei FMLN sieht die gegenwärtige Gewalt als „latente Gefahr für Staat und Gesellschaft" (González, M. 2006), hat aber spät, weitaus später noch als die Regierung, ihre Strategie zur Einhegung der Gewaltkriminalität entworfen. Auch sie war zunächst ausschließlich auf die Nachkriegsgewalt mit politischem Charakter fixiert, um dann in der Gewaltfrage Opposition nur als „Nein-Sagen" zu interpretieren. Das änderte sich mit der Erarbeitung der FMLN-Plattform für die Präsidentschaftswahl 2004. Hier hatte die FMLN gegenüber der Organisierten Kriminalität ein Schock-Programm konzipiert, gegenüber den in Konflikt mit dem Gesetz geratenen Jugendlichen – also den Maras – hingegen eine sehr „weiche" Strategie, die in erster Linie die Forderung nach Prävention und Wiedereingliederung beinhaltete. Dies begründet die FMLN im Nachhinein mit dem – falschen – Argument, dass die Maras zu diesem Zeitpunkt noch keine Verbindung zur Organisierten Kriminalität besessen hätten. Die FMLN verfolgte diese Position auch, um sich in ihrer Strategie von ARENA abzusetzen. Für die Bevölkerung, ihrerseits von der Gewalt höchst beunruhigt, entstand so der Eindruck, dass die FMLN, anders als die Regierung, im Umgang mit den Gewalttätern auf jegliche Härte verzichten wolle und mit ihnen gemeinsame Sache mache. Dieser Eindruck wurde von Regierungsseite entsprechend ge-

schürt. Das generelle Problem – nicht nur bei der FMLN, sondern auch bei Regierung und Bevölkerung – ist ein Missverständnis bei der Interpretation von Härte. Keine Seite hat verstanden, dass Härte beim Umgang mit Straftaten nicht Repressivität bedeuten muss, sondern einfach Konsequenz bei deren rechtsstaatlicher Ahndung. Inzwischen, so betont Hugo Martínez, Parlamentsabgeordneter der FMLN, sehe jedoch auch die FMLN die Maras als kriminelle Vereinigungen und tendiere jetzt zu einer Balance zwischen präventiven und Zwangs-Maßnahmen gegenüber den Maras, denn schließlich müssten vor allem die Opfer geschützt werden. Auf die Frage der Autorin, dass sich die FMLN-Strategie dann kaum von der Regierungsstrategie unterscheide, meinte Martínez, dass die Regierung eben die Gedanken der FMLN übernommen habe, diese aber nicht umsetze, was die FMLN in Regierungsverantwortung hingegen tun würde (Martínez, H. 2006).[11]

4.2.2.2 Institutionen

Die Polizei

Die salvadorianische Polizei ist heute apolitisch im Sinne des Gesetzes, das Polizisten die Mitgliedschaft in einer politischen Partei verbietet. Der Einfluss der FMLN in ihr und vor allem in ihrer Führung, der bis Mitte der 1990er Jahre beträchtlich war, ist – im Unterschied zu dem in der Judikative – stark zurückgegangen. Die FMLN bezeichnet es als Fehler, sich im Glauben, dass dies die andere Seite auch tue, darauf eingelassen zu haben, auf ihren politischen Einfluss in der Polizei zu verzichten (Martínez, H. 2006). Insgesamt leidet die Polizei an einer defizitären inneren und äußeren Kontrolle, an Militarisierung, Personalschwäche, ungenügender Ausbildung, fehlenden klaren Befehlsstrukturen, geringen Löhnen und schlechter Ausrüstung (Martínez Ventura 2005: 295-303). Die Polizisten sind unzufrieden, demotiviert und demoralisiert. Die Verbindung von defizitärer Performanz und Repressivität zeigt sich bei der Polizei insbesondere in vier Punkten:

Geringe Ressourcen und schlechte Ausstattung: Von den in Kriegszeiten 14.000 aktiven Polizisten – zählt man andere Sicherheitsorgane und die FMLN hinzu, waren es damals 75.000 Sicherheitsbedienstete – verblieben im Nachkrieg zunächst nur 6.000 (Costa 1999: 149). Noch 1996 war die Polizei in 73 von 262 Munizipien nicht präsent (La Prensa 1996: 3). Inzwischen gibt es 15.000 Polizisten. Das ist eingedenk der geringen Fläche und Bevölkerungszahl eine im zentralamerikanischen Vergleich nicht unerhebliche Zahl. Doch, so Comisionado Pablo de Jesús Escobar Baños, stellvertretender Direktor für innere Sicherheit der Polizei, damit die Polizei gut funktioniere und auf die nötige Dichte von drei Polizisten pro 1.000 Einwohner komme, müssten es 23.000 Polizisten sein. Aber dafür reiche das Budget nicht aus (Escobar 2006). Eine 2000/2001 vollzogene „Säuberung", in deren Konsequenz 2.400 Polizisten ihren Dienst quittieren mussten, entsprach nicht dem herrschenden Arbeitsrecht. Die Polizisten sind zu niedrig bezahlt, mit 300 US Dollar be-

11 Befragt man Bürgermeister nach Defiziten in der gegenwärtigen Regierungsstrategie bei der Gewaltbekämpfung, dann ist der Graben zwischen ARENA und FMLN weniger groß als auf der zentralen Ebene. Völlig unabhängig davon, welcher Partei sie angehören, mahnen die Bürgermeister eine Konzertation von Regierung und Opposition in diesen Fragen an, vor allem jedoch eine Dezentralisierung dieser Politik und eine Autonomie der Munizipien (Ortíz 2006; Vilanova 2006).

kommen sie den Minimallohn. Zwischen 2000 und 2005 hatte die Polizei 56 Todesopfer zu beklagen (FESPAD 2005: 35). All dies hat zur Personalflucht geführt. Obgleich die Homizidrate seit 2003 stieg, sank der Anteil der Ausgaben für die Polizei am nationalen Gesamtbudget von 7,05 Prozent 2000 auf 4,81 Prozent 2004 (Martínez Ventura 2005: 332). Doch im Vergleich zu ihrem Pendant in Guatemala und Honduras gilt die salvadorianische Polizei noch immer als die mit einer höheren Mitgliederzahl und besseren Ressourcen ausgestattete und professionellere, gleichwohl ist die Homizidrate hier höher als in den beiden anderen Ländern.

Menschenrechtsverletzungen und Willkür: Nach hoffnungsvollem Beginn nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens besitzt die neue zivile Nationalpolizei fast wieder dasselbe repressive, unfähige und – gegenüber Weiterbildung – gleichgültige Modell wie unter der Diktatur, so die Ombudsfrau für Menschenrechte, Beatrice Alamanni de Carrillo. Insbesondere in den letzten fünf Jahren habe in der Polizei eine unheilvolle und totale Verschlechterung des Geistes, der Moral und des Verhaltens stattgefunden. Auch die Befehlsgewalt liege wieder in der Hand der ewig Gestrigen. Es seien dabei nicht die Ex-Soldaten oder Ex-Guerrilleros, die in der Polizei die Menschenrechte verletzen. Im Gegenteil, das seien die Disziplinier testen. Es seien vielmehr die Polizisten der neuen Generation. Ein guter Polizist erhalte von der Polizeispitze keine Unterstützung. Das Problem sei also kein technisches, sondern ein ökonomisches und politisches. Es bestehe einfach kein Interesse daran, dass die Polizei so wird, wie man es nach dem Friedensabkommen von ihr erwartet hat. Die Polizei sei entweder selbst in Aktionen der „sozialen Säuberung" involviert oder sie toleriere diese, indem sie Ermittlungen nicht durchführt. Es sei ein falsches Gerücht, die „soziale Säuberung" gehe von ehemaligen Todesschwadronen aus, im Gegenteil, sie besitze heute keinerlei politische Ziele (Alamanni de Carrillo 2007). Die Polizei ist in El Salvador diejenige staatliche Institution, der gegenüber bei der Ombudsfrau für Menschenrechte die meisten Anzeigen über Menschenrechtsverletzungen vorliegen. 2003, von Januar bis November, waren das über 40 Prozent aller Anzeigen (Procuraduría 2003: 2). Täglich werden rund 300 Anzeigen gegenüber Polizisten erstattet (Alamanni de Carrillo 2007). Während in den 1990er Jahren die Polizei kein einziges Mal wegen Folter angezeigt wurde, muss bei ihr seit 2000 von systematischer Folter zur Informationsgewinnung oder aus Rache ausgegangen werden. Aufsehen hat vor allem Folter erregt, die im Beisein des einstigen Polizeidirektors, Mauricio Sandoval, ausgeübt wurde.

Verknüpfung mit der Organisierten Kriminalität: Laut Alamanni de Carrillo ist „ein gravierendes illegales Verhalten der Polizei" und ihre „klare Verbindung mit der organisierten Kriminalität" zu konstatieren (Alamanni de Carrillo 2007). Es gibt eine große Gruppe von Polizisten, die mit der Organisierten Kriminalität kooperiert. Von den Maras erpresste Steuern gelangen bis in die Chefetage der Polizei (Alamanni de Carrillo 2007). Wie sogar ihr Direktor zugibt, ist die Polizei von den Maras unterwandert (Ávila 2006). Die Ombudsfrau belegt den mangelnden politischen Willen der Polizeiführung, der eigenen Kriminalisierung zu begegnen, mit einer Anekdote aus ihrem eigenen Leben: Als sich herausstellte, dass über zwei Jahre einer der sie bewachenden Polizisten Chef einer kriminellen Vereinigung war und sie sich gegenüber dem Polizeidirektor darüber beschwerte, entgegnete dieser mit Verständnislosigkeit für ihre Aufregung: Immerhin habe diese Person lange Zeit auch in seinem Büro gearbeitet (Alamanni de Carrillo 2007).

Militarisierung: Da sie der Gewalt nicht Herr zu werden vermag, wird die Polizei bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, die innere Sicherheit zu garantieren, von der Armee unterstützt, obwohl diese laut Verfassung nur für die Sicherheit nach außen verantwortlich ist. Allerdings eröffnet die Verfassung dem Präsidenten die Möglichkeit, bei Gefahr für die innere Sicherheit die Streitkräfte um Hilfe zu ersuchen, und letztere sind bei gemeinsamen Patrouillen (Grupos de Tareas Conjuntas) der Befehlsgewalt der Polizei untergeordnet.

Die Judikative

Zwar gab es in der Judikative im Unterschied zur Polizei keine „Säuberung"[12] von Menschenrechtsverletzern, doch konnten im Zuge der Transition auch hier Fortschritte verzeichnet werden: Die Zahl der Gerichte wurde verdoppelt, es werden mehr Richter ernannt als früher, und die Richter des Obersten Gerichts werden nicht mehr wie zu Zeiten der Diktatur direkt vom Parlament (und dadurch quasi durch die Exekutive) gewählt, sondern zu 50 Prozent durch den Consejo Nacional de Judicatura und zu 50 Prozent durch die Gesamtheit aller Rechtsanwälte vorgeschlagen. Erst danach darf das Parlament aus den so zusammengestellten Listen die Angehörigen des Obersten Gerichtes mit einer Zweidrittelmehrheit wählen. Das Oberste Gericht widerspiegelt mehr oder weniger ein Gleichgewicht zwischen FMLN und ARENA nahe stehenden Richtern, das aber von ARENA immer wieder in Frage gestellt wird. Auch wurden Schulen zur juristischen Weiterbildung eingeführt, die von allen Richtern durchlaufen werden müssen. Innerhalb des Strafrechts vollzog sich ein Wandel vom Inquisitionsprinzip zum – rechtsstaatlicheren – Akkusationsprinzip, das inzwischen aber wieder verstärkt Züge des Inquisitionsprinzips aufweist.[13] Bei der Judikative zeigt sich die Verbindung von defizitärer Performanz und fehlender Rechtsstaatlichkeit, einschließlich Unterstützung von Repressivität, die in einem Höchstmaß an Straflosigkeit resultiert, in drei Punkten:

Geringe Unabhängigkeit: Die Judikative ist politisiert und alles andere als unabhängig (Ortíz Ruíz 2006; Santos Mejía de Escobar 2007). Immer wieder interveniert die Exekutive in ihre Angelegenheiten. De facto werden Staatsanwaltschaft und das Oberste Gericht nach politischen Kräfteverhältnissen zusammengesetzt, und sie sind auch danach politisch abhängig. Das Oberste Gericht sei ein Desaster, kritisiert mit Ex-Präsident Cristiani sogar einer der früher prominentesten Vertreter der Staatsmacht (Cristiani 2006). Zuweilen, so bis April 2006, werden derart wichtige Posten wie der des Obersten Staatsanwaltes über mehrere Monate nicht besetzt, weil sich die Politiker nicht einigen können, um dann jemanden einzusetzen, der alles andere als politisch unabhängig ist. Zwar schlägt der Consejo Nacional de Judicatura die Richter des Obersten Gerichts vor, aber deren Wahl wird danach zum Teil boykottiert, zum Teil werden andere Richter ernannt. Bezeichnet wird

12 Im Spanischen: depuración; im Englischen: purging.

13 Das Akkusationsprinzip besagt, dass gerichtliche Strafverfolgung nur dann stattfindet, wenn eine Anklage wirksam erhoben ist. Das vorgeworfene Verhalten muss in einer Anklageschrift oder gleichgestellten Entscheidung ausreichend deutlich umschrieben sein. Beim Inquisitionsprinzip hingegen kann der Richter ein Verfahren aufgrund einer Anzeige oder eines sonstigen Verdachtes einleiten und selbst den Fall bis zur Entscheidungsreife führen.

das dann als Aufstieg, Ersatz oder Versetzung. Ein Drittel der Richter bekommt auf genau diese Weise seinen Posten. Die beiden anderen Drittel stammen noch aus den Zeiten der Diktatur (Vidales 2006).

Defizitäre rechtsstaatliche Einstellung: Die Politisierung der Judikative wird natürlich nicht von allen Protagonisten so gesehen, vor allem nicht von denen, die von der Politisierung durch die Regierung(spartei) profitieren: Diese beklagen nicht zu wenig, sondern zu viel Unabhängigkeit der Justiz, zu viel administrative Freiheit, die in die Unordnung führe, und zu wenig Unterordnung der Richter unter die höheren Instanzen, insbesondere das Oberste Gericht. Die Richter würden ihre Unabhängigkeit missbrauchen, indem sie für eine Verurteilung ihre eigenen Kriterien anlegten und Gesetze wegen angeblicher Verfassungswidrigkeit nicht umsetzten. Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Strafgesetzgebung, wie sie seit dem Strafgesetz und der Strafprozessordnung von 1998 herrsche, würde formalistisch interpretiert, indem sogar dort, wo klar sei, wer der Täter ist, und es daher völlig rational sei, einfach dessen Schuld festzustellen, die Präsumption der Unschuld und die Exaktheit der Beweismittel überstrapaziert werde. Daher sei El Salvador ein Rechtsstaat für die Verbrecher, aber nicht für die Opfer (Guzmán 2007).

Neben solchen Stimmen, die die übertriebene, weil „formalistische" Umsetzung der Gesetze beklagen, gibt es auch, sogar auf Ministerrängen, Kritiker, die die Gesetze selbst für das größte Übel halten. Sie sprechen von einem „sistema (ultra)garantista zugunsten der Verbrecher" , das „zu rechtsstaatlich" sei, „zumindest für die ersten fünfzehn Jahre nach Kriegsende". Während die Polizei „súper dura" sei, sei die Justiz „súper blanda". Das passe nicht zusammen (Barrera 2006). Roberto Vidales, Jurist in FUSADES, sieht das Übel hingegen in der Umkehrung: „Hier sind die Gesetze gemacht, um nicht erfüllt zu werden. Anstatt sie anzuwenden, werden immer wieder neue Gesetzesreformen verabschiedet, die dann ihrerseits nicht umgesetzt werden." (Vidales 2006) Die Richter wiederum betonen ihre Unabhängigkeit und ihr Recht bzw. ihre Pflicht, verfassungswidrige Gesetze nicht umzusetzen und – wie etwa bei der Ley Anti-Mara – auch mutmaßliche Täter immer dann freizulassen, wenn nicht ausreichend Beweise gegen sie vorliegen. Die Richter räumen ein, dass dadurch auch Schuldige freikämen, was die Straflosigkeit erhöhe. Doch, so unterstreichen sie, rechtsstaatliche Prinzipien wie die Präsumption der Unschuld und die Beweispflicht gelten auch und gerade für Straftäter. Vonseiten der Exekutive sei daraufhin eine Kampagne gegen sie erfolgt, in der sie zu Freunden des Verbrechens und zu Kommunisten gestempelt worden seien. Dies wiederum habe am Ende dazu geführt, dass viele von ihnen das Gesetz nun doch „unbesehen" erfüllen, was zur Folge habe, dass immer mehr Schuldige, aber auch Unschuldige, in die Haftanstalten geschickt werden. Die Haftanstalten seien daher maßlos überfüllt und würden vor allem für die Jugendlichen zu „Universitäten des Verbrechens", aus denen diese selbst dann, wenn sie nicht als Verbrecher hineingekommen seien, als solche herauskämen. Immerhin seien 38 Prozent der Insassen nicht verurteilt (Santos Mejía de Escobar 2007).

Inkompetenz: Dass Beweise immer wieder unzureichend, irrelevant oder illegal sind, liegt vor allem an der mangelhaften Ermittlungstätigkeit der Polizei. Doch die Ermittlungstätigkeit muss laut Gesetz von der Staatsanwaltschaft angeordnet und kontrolliert werden. Diese Aufgabe ist jedoch neu für die Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwälte wissen

mit ihr nicht umzugehen, während die Polizisten, insbesondere die aus der alten Polizei entstammenden, genügend Erfahrung haben, die Ermittlungstätigkeit auf eigene Faust durchzuführen. Einerseits versucht die Staatsanwaltschaft noch immer, die Ermittlung und auch die Verantwortung für sie vollständig an die Polizei zu delegieren, andererseits schiebt die Polizei schon einmal jegliche Verantwortung, also auch die, die sie für die Ermittlung tatsächlich hat, von sich. Die Staatsanwaltschaft wiederum ist nach politischem Kalkül und nicht nach Fähigkeiten zusammengesetzt, so dass bei ihr Wille oder Fähigkeiten zu verantwortungsvoller Ermittlungstätigkeit fehlen – und hier beginnt die Geschichte von vorn. Das Ausbildungsniveau im Justizsektor ist gering, meint Roberto Vidales, geringer sogar als zu Zeiten der Diktatur. Dies liege nicht an den Gesetzen, sondern an den Personen. Das Grundproblem sei, dass die Juristen nicht nach Verdiensten und Fähigkeiten ausgesucht werden, sondern nach politischen Loyalitäten zu den Parteien. „Es gibt Richter", erklärt Vidales, „die ich als Analphabeten einschätzen würde." Falsche Zeugnisse oder Diplome aus der VR China seien an der Tagesordnung (Vidales 2006).

Technisch dominieren gravierende Defizite vor allem bei der kriminalistischen Ermittlung und beim Zeugenschutz. Herauskommt eine Straflosigkeit von weit über 90 Prozent, selbst bei angezeigten Homiziden (Vidales 2006; Flores 2006). Es werden nur zehn Prozent der von der Polizei vorläufig Festgenommenen inhaftiert, und von diesen wiederum werden nur fünf Prozent verurteilt (Santos Mejía de Escobar 2007), der Rest sitzt ohne Urteil ein. 55 Prozent der Gerichtsfälle enden durch Freispruch oder Einstellung des Verfahrens (Martínez Ventura 2005: 363).

Der Strafvollzug

2006 gab es in El Salvador 19 Strafanstalten mit 12.500 Inhaftierten, darunter 3.500 Mareros. Sie stellen 26 Prozent der Insassen. Davon wiederum gehörten 62,6 Prozent der MS und 36,6 Prozent dem Barrio 18 an (Vilanova Chica 2006). Mareros sitzen nicht notwendig wegen Homiziden ein, so dass auch an dieser Konstellation in den Gefängnissen abgelesen werden kann, dass Mareros höchstwahrscheinlich für weit weniger als für die Hälfte aller Homizide verantwortlich sind. Die Mareros sind in den Haftanstalten getrennt von den anderen Inhaftierten untergebracht. Auch die beiden Maras werden voneinander getrennt. Der Strafvollzug weist vornehmlich die beiden folgenden Defizite auf:

Überbelegung und inhumane Haftbedingungen: Das Strafvollzugssystem befindet sich in einer tiefen Krise, da der Staat nicht in der Lage ist, den Freiheitsentzug in menschenwürdiger Weise zu verwalten. Als Konsequenz der „contrareforma" der Strafrechts- und Strafprozessordnung erhöhte sich die Zahl der Insassen in Strafvollzugsanstalten von etwa 7.000 (1999) auf mehr als 12.000 (2004, 2005 und 2006). Wird dieser Rhythmus beibehalten, so wird die Zahl der Häftlinge 2009 auf über 19.000 steigen (Procuraduría 2004: 6f). Nur 62 Prozent der Insassen sind verurteilt. Die salvadorianischen Strafanstalten sind im Durchschnitt um 175 Prozent überbelegt, denn sie besitzen eine reale Aufnahmekapazität von 6.000. Es gibt dramatische Fälle, in denen bis zu 70 Personen in einer Kollektiv-Zelle zusammengepfercht sind (Procuraduría 2006: 11). 35 Insassen in Schlafräumen, die für 15 vorgesehen sind, erweisen sich, wie im Centro Penal Quetzaltepeque, als der Normalfall. Nicht alle Häftlinge haben hier ein Bett, eine zentrale Essenausgabe gibt es nicht – die Häftlinge sind Selbstversorger. Die Strafanstalt hat weder einen Psychologen noch einen

Priester. Wollen die Insassen arbeiten, dann können sie auch dies nur mit eigenen Ressourcen tun. Sie sind elf Stunden in ihren Zellen eingesperrt, ohne aber unmittelbar bewacht zu werden (Martínez, V. 2006). In dieser Zeit bilden sich jene informellen Machtstrukturen der Mareros, die sich immer wieder in Auseinandersetzungen entladen.

In den so genannten Isolationszellen müssen die Gefangenen ihre Notdurft in Löcher verrichten, die in der Zelle in den Boden eingelassen sind. In denselben Löchern waschen sie sich. Oder aber sie verrichten ihr Bedürfnis in Plastikbeuteln, die in der Zelle aufbewahrt werden. Die Zellen sind Sonne und Regen, Kakerlaken, Ratten und Mücken ausgesetzt. Bekannt geworden sind Fälle, da Tränengas in die Zellen geleitet wurde. Insbesondere Untersuchungshäftlinge sind nicht mit Nahrungsmitteln versorgt, es sei denn, die diensthabenden Polizisten finanzieren diese aus der eigenen Tasche. Makabre Berühmtheit haben die „cuartos de risa" (Zimmer des Lachens) in Apopa erreicht, die deshalb so hießen, weil sich die Diensthabenden dort vor Lachen über die Zuckungen ausgeschüttet haben, die Gefangenen mit Elektroschocks zugefügt worden sind. Diese „Zimmer" soll es jedoch inzwischen nicht mehr geben.

Fehlende Überwachung und zunehmende Kriminalisierung: Eine der Folgen der Überbelegung sind die Massaker in den Strafanstalten: Am 18. August 2004 wurden im Zuge einer Auseinandersetzung von Häftlingen in der Penitenciaría Central La Esperanza 31 Insassen getötet und 30 verletzt. Dies war das seit 1993 größte Gefängnismassaker in El Salvador. Die genannte Strafanstalt war mit 305 Prozent überbelegt. Das bedeutet 1.638 mehr Insassen als Plätze vorhanden sind. Das jüngste Beispiel für ein Gefängnismassaker ist das Centro Penal Apanteos, wo zwischen dem 5. und 6. Januar 2007 21 Insassen ihr Leben verloren. Obwohl sich dieser Gewaltakt angekündigt hatte, ergriffen die Autoritäten keinerlei präventive Maßnahmen. Diese Vollzugsanstalt ist zu 146 Prozent überbelegt (Procuraduría 2006: 30). Die Mareros führen in der Strafanstalt problemlos ihre mirins durch, organisieren über Handys kriminelle Aktionen und werden über Besucher mit Drogen[14] und Waffen versorgt. Genauso problemlos können sie ihren satanistischen Riten nachgehen. Die Gefängniswände sind mit Graffiti versehen, in denen Grabmale über Grabmale, aber auch die Namen von ermordeten Freunden und der Teufel zu sehen sind. Dieser Umgebung unterwerfen die Mareros über Jahre ihre Psyche. „Sie haben aus der Haftanstalt ihren destroyer gemacht", so der bereits zitierte katholische Priester und Kenner der Maras. Haft sei für die Mareros keine Strafe. Sie wüssten ohnehin, dass sie keine Zukunft haben (Mitglied der Zivilgesellschaft 2006). Trotz dieser gravierenden Defizite erklärte der zum Zeitpunkt des Interviews amtierende Direktor des salvadorianischen Strafvollzugs, Jaime Roberto Vilanova, gegenüber der Autorin vollmundig: „Die Menschenrechte sind für uns essenziell. Es gibt keine Gewalt in den Gefängnissen." (Vilanova Chica 2006)

Alles in allem hat sich in der Politik der inneren Sicherheit El Salvadors im Nachkrieg ein strategischer Wandel zugunsten einer ausgefeilteren, stärker mit präventiven und inte-

14 Der damalige Chef des salvadorianischen Strafvollzugs, Roberto Vilanova, fand es sehr bedauernswert, dass es gesetzlich verboten ist, Besucher, darunter gerade Frauen, in ihren Genitalien manuell nach Drogen zu durchsuchen (Vilanova Chica 2006).

grativen Elementen angereicherten, aber insgesamt dennoch repressiveren Strategie vollzogen, die – wie an den Homizidraten zu sehen ist – nicht nur nicht produktiv, sondern kontraproduktiv ist. Die Strategien haben keinerlei Bezug zu den Gewaltursachen. Ein schwächstes Glied im Sicherheitssektor – Polizei, Judikative oder Strafvollzug – gibt es nicht. Polizei wie Justiz wiesen im Nachkrieg eine ähnliche Pendelbewegung auf: Einer Demokratisierung (stärker ausgeprägt in der Polizei als in der Justiz) in den ersten fünf Jahren des Nachkriegs folgte eine Zuwendung beider Institutionen zu mehr Repressivität. Eine nach wie vor extreme Ineffizienz (defizitäre Performanz) der Institutionen geht nunmehr einher mit ihrer höchsten Repressivität, die ihnen durch die entsprechenden Strategien von den Regierungen vorgeben wird, und kann damit dennoch nicht kompensiert werden. Alle drei genannte Institutionen verletzen das Recht auf Leben systematisch, immer öfter direkt, stets jedoch indirekt, durch Unterlassen.

5. Schlussfolgerungen

In diesem Report wurde empirisch nachgewiesen, dass in El Salvador innerhalb der in den gewaltintensiven Ländern Zentralamerikas generell existenten Möglichkeits- und fehlenden Verhinderungsstrukturen für Gewalt, die sich dort als Rentenökonomie und Regimehybridität zeigen, zwei in dieser Ausprägung und Kombination nur für dieses Land typische Faktoren gegeben sind, die die dort regional höchste Gewaltrate verursachen: Das ist zum einen die extrem hohe Migrations- und remesa-Rate und zum anderen der in seiner Kombination von defizitärer und repressiver Performanz auffallende Sicherheitssektor. Was die Migrations- und remesa-Raten angeht, so sind sie in dieser Höhe im zentralamerikanischen Vergleich genauso einzigartig in El Salvador wie die Gewaltrate. Gleichzeitig sind sie als Faktor insofern konstant, als sie stetig und kontinuierlich, das heißt ohne Sprünge, steigen.

Die im Kapitel 2 gestellten vier Fragen lassen sich so beantworten: Während die extrem hohen Migrations- und remesa-Raten das grundsätzlich hohe Niveau der Nachkriegsrate der Gewalt in El Salvador erklären, geben die Strategien und Konfigurationen des Sicherheitssektors, als Auslöser, den Ausschlag für die beiden Buckel und das dazwischen liegende Tal der Homizidrate: Deren Sinuskurve erreichte ihren ersten Buckel, als die Institutionen des Sicherheitssektors noch nicht funktionierten. Sie ging ins Tal, als die neue Polizei und Justiz etabliert waren, den bis dahin höchsten demokratischen Gehalt erreicht hatten und als eine sich zu dieser Zeite gerade neu implementierende repressive Sicherheitspolitik ihre verheerende Wirkung noch nicht entfalten konnte. Den zweiten Buckel weist die Sinuskurve auf, als im Sicherheitssektor weitere Performanzfortschritte ausblieben, der Demokratiegehalt zurückging und der Repressivität wich.

Sozioökonomische Deprivation, so habe ich gezeigt, ist im salvadorianischen Fall der Nachkriegszeit an der Tagesordnung: Zum einen gibt es die Deprivation auf hohem Niveau, die im Zusammenhang mit der Bipolarität von oberstem und unterstem Quintil steht: El Salvador besitzt einen homogenen oligarchischen Nukleus und ein vergleichsweise sehr armes unterstes Quintil. Dorthin abzustürzen, hängt, insbesondere angesichts der

enormen Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, als Damoklesschwert über dem zweiten und dritten Quintil. Beide Quintile leiden zugleich unter einer im zentralamerikanischen Vergleich relativen Deprivation auf niedrigem Niveau, und zwar eher in ihren eigenen Reihen oder im Vergleich zum nächsthöheren Quintil als zu den höchsten Quintilen, was aber nicht minder starke Frustrationen hervorruft als eine relative Deprivation auf hohem Niveau.

Dass es die Angehörigen des zweiten und dritten Quintils sind, die in El Salvador die Mehrzahl der Gewalttäter stellen, hängt genau damit zusammen: Zum einen verspüren sie, wenn sie nicht schon arbeitslos sind, eine besonders hohe Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt (zum Beispiel im informellen Sektor), zum anderen sind sie, wenn sie Arbeit haben, unzufrieden mit ihrem – sinkenden – Lohn und vergleichen diesen mit der lukrativen Alternative in den USA. Wie Menschen grundsätzlich, vergleichen sich auch die Salvadorianer vor allem mit ihresgleichen, das heißt mit denen, die aus demselben oder dem benachbarten Quintil kommen. Den Ausschlag dafür, wer von ihresgleichen im zweiten und dritten Quintil besser lebt, geben die remesas. Doch bei weitem nicht jeder Angehörige dieser beiden Quintile kann jene ökonomischen und psychischen Transaktionskosten auf sich nehmen, die für eine Migration um der remesas willen nötig sind. Daraus folgt, dass sich die Angehörigen des zweiten und dritten Quintils mit denen vergleichen, die entweder (anders als sie selbst) schon oder noch remesas bekommen, oder aber mehr remesas erhalten und dadurch einen leicht höheren Lebensstandard besitzen als sie selbt. Der, ob in der Realität oder in der Perzeption, davon Betroffene holt sich die ihm zu einem solchen Lebensstandard fehlenden „remesas" – über Gewalt. Je mehr Erfolg er dabei hat, desto leichter erscheint für ihn am Ende sogar der für die beiden obersten Quintile typische Lebensstandard erreichbar.

Sind einschlägige Spezialisten politischer Gewalt der Meinung, dass entsprechend dem rationalen Kosten-Nutzen-Kalkül individueller Aufstieg eine Alternative zur (politischen) Gewalt ist, so gilt dies für die – den status quo nicht in Frage stellende – Gewaltkriminalität nicht: Zwar scheint auch hier individueller Aufstieg über Migration und remesas möglich, und er ist es auch, doch wird er, ob aufgrund gescheiterter Auswanderung oder Rückkehr wegen Ausweisung, abrupt in Frage gestellt. Aber selbst in diesem Fall formieren sich die Unzufriedenen nicht zur kollektiven politischen Gewalt gegen den status quo, sondern sie versuchen, den individuellen Aufstieg anders, nämlich über die Nutzung von Gewaltkriminalität als Zugang zum Markt, zu erreichen. Selbst wenn sich die davon Betroffenen in Maras organisieren, tun sie das um ihres eigenen ökonomischen oder Status-Aufstiegs willen und nicht um das System zu verändern. Anders gesagt, die Maras sind nicht nur kein kollektiver Gegenentwurf gegen den politischen status quo, sie funktionieren auch nur so lange, wie in ihnen bzw. durch sie individueller Aufstieg möglich ist.

Der gegenwärtige Exodus der Salvadorianer ist genauso wie ihr massenhafter Exitus Zeichen einer perversen Globalisierung: Arbeit im Inland wird – zusätzlich – entwertet, weil sie über Migration bzw. über einen globalisierten, wiewohl in einer Schieflage befindlichen Arbeitsmarkt grenzüberschreitend ausgelagert wird, denn Arbeit wird im Inland nicht mehr nachgefragt, und selbst die dort verbleibende Arbeit wird, da Investitionsgüterindustrie nicht ausgebaut wird, nicht absorbiert. Die daraus folgende Arbeit im Ausland schafft reme-

sas und damit ein grenzüberschreitendes Einkommen, das seinerseits Arbeit im Inland entwertet, weil es dort Konsum ohne Produktion, das heißt ohne Arbeit, ermöglicht. Remesas sind ein neuer, aber gleichwohl schon jetzt klassischer Fall für die Globalisierung von Rente, mit der die Herausbildung einer weltweit zivilisierten (gewaltfreien) Zivilgesellschaft verhindert wird (Elsenhans 2006: 211). Sowohl die Verdiener von remesas (weil sie und ihre Kinder in US-amerikanischen Gewaltmilieus sozialisiert werden) als auch ihre „unverdienten" Empfänger (weil sie von Arbeit entbunden werden und zugleich einen Mangel an remesas beklagen), aber auch jene, deren Kontakt zu den remesas sich „nur" über das Bewusstwerden vollzieht, dass sie selbst zu einem solchen Einkommen keinen Zugang haben, geraten in Kontakt zu Gewalt. Gewalt ist oder erscheint für sie als das einzige oder zumindest als das am leichtesten zugängliche Substitut für einen Zugang zum Markt, insbesondere zum Gewinn. Die grenzüberschreitende Auslagerung von Arbeit und Einkommen bewirkt auf diese Weise, über das vermittelnde Glied der relativen Deprivation, grenzüberschreitende, ja überregionale Gewalt. Die Maras, die diese Gewalt am stärksten personifizieren, sind zum einen Folge der perversen ökonomischen Globalisierung von Rente, zum anderen sind sie selbst globalisiert, da sie weit über Zentralamerika hinaus präsent sind. Einerseits finanzieren Migranten letztlich – ähnlich wie die Diaspora bei den „neuen Kriegen" (wenn auch anders als dort unintendiert) – mit ihren remesas Gewalt, in diesem Fall Gewaltkriminalität. Andererseits werden die finanziellen Zuflüsse der remesas am Ende durch die Kosten der Gewalt aufgefressen. Gesamtgesellschaftlich existiert zwischen Exodus und Exitus nicht nur ein Kausalzusammenhang, sondern auch die verhängnisvollste lose-lose-situation, die man sich vorstellen kann.

6. Literatur

Aguilar, Jeanette/Miranda, Lissette 2006: Entre articulación y la competencia, las respuestas de la sociedad civil organizada a las pandillas en El Salvador, in: Cruz, José Miguel (Hrsg.), Maras y pandillas en Centroamérica. Las respuestas de la sociedad civil organizada. Vol. IV, San Salvador, 37-144.

Agunias, Dovelyn (Migration Policy Institute) 2006: Remittance Trends in Central America, April, in: www.migrationinformation.org (Letzter Zugriff 10.04.07).

Albrecht, Günter 2001: Soziale Ungleichheit, Deprivation und Gewaltkriminalität, in: Albrecht, Günter/Backes, Otto/Kühnel, Wolfgang (Hrsg.), Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität, Frankfurt a.M., 195-235.

Albrecht, Peter-Alexis 2002: Kriminologie, München.

Andrade-Eekhoff, Katherine 2003: Mito y realidades. El impacto económico de la migración en los hogares rurales, San Salvador.

Cáceres, Luis René 2006: Remesas y macroeconomía en El Salvador, in: Comercio Exterior, 56:7, 592-607.

Cáceres, Luis René/Saca, Nolvia N. 2006: El mecanismo de transmisión de los efectos de las remesas en El Salvador, in: Comercio Exterior, 56:10, 875-885.

Costa, Gino 1999: La Policía Nacional Civil de El Salvador (1990–1997). San Salvador.

Cruz, José Miguel/Carranza, Marlon 2006: Pandillas y políticas públicas, El caso de El Salvador, in: Moro, Javier (Hrsg.), Juventudes, Violencia y Exclusión. Desafíos para las políticas pública, Guatemala, 133-176.

Cruz, José Miguel/Trigueros Argüello, Álvaro/González, Francisco 1999: Los factores sociales y económicos asociados al crimes violento en El Salvador. Informe preparado para el Banco Mundial en el marco del proyecto: Crimen y violencia en América Latina, San Salvador.

Díaz Rodríguez, Francisco 1995: Independencia Judicial interna, in: Díaz, Francisco/Roggenbuck, Stefan (Hrsg.), Reformas constitucionales. Un elemento indispensable para la democratización en El Salvador, San Salvador, 117-170.

Elsenhans, Hartmut 1994: Wirtschaftsliberalismus ohne bürgerliche Revolution. Wer stützt die liberale Wirtschaft im Süden?, in: Hein, Wolfgang (Hrsg.), Umbruch in der Weltgesellschaft. Auf dem Weg zu einer „Neuen Weltordnung"?, Hamburg, 101-124.

Elsenhans, Hartmut 2006: Globalization Between a Convoy Model and an Underconsumptionist Threat, Münster.

Equípo Maíz 2006: El Salvador, emigración y remesas. Alivio de los pobres negocio de los ricos, San Salvador.

Fajnzilber, Pablo/Lederman, Daniel/Loayza, Norman 2000: Crime and Victimization: An Economic Perspective, in: Economía, 1:1, 219-302.

FESPAD 2005: Estado de Seguridad Pública y la Justicia Penal en El Salvador, Enero-Agosto 2005, San Salvador.

FMI 2000 : Naciones Unidas, Estado de la Población Mundial 2000, in: www.unfpa.org /swp/2000/pdf/espanol/notas.pdf (Letzter Zugriff 15.05.07).

Homies Unidos/Instituto Universitario de Opinión Pública/Rädda Barnen de Suecia/Save the Children de Estados Unidos 1998: Solidaridad y violencia en las pandillas del gran San Salvador, Más allá de la vida loca, San Salvador.

Informe del Diálogo Interamericano 2004: Comisión sobre remesas, Todo en familia. El flujo financiero internacional más importante de Latinoamérica, Washington D.C, Enero.

Informe Latinobarómetro 2005. Santiage de Chile 2005.

La Prensa Gráfica, 21.03.1996.

Martínez Ventura, Jaime 2005: Límites Democráticos al Poder Penal. Reformas de la Seguridad Pública y la Justicia Penal, San Salvador.

Montecino Castro, Marco Salomón 2006: Enfoque teórico de la economía de remesas de trabajo, in: Estudios Centroamericanos (ECA), 61:695, 829-850.

Orozco, Manuel 2004 a: Remittances to Latin America and the Caribbean, Issues and perspectives on development, Washington D.C.

Orozco, Manuel 2004 b: The Salvadoran Diaspora: Remittances, Transnationalism and Government Responses, in: www.thedialogue.org/publications/2004/summer/salvadoran_ trpi.pdf. (Zugriff 02.05.07)

PNUD (UNDP) 2005 a: ¿Cúanto le cuesta la violencia social a El Salvador? San Salvador.

PNUD (UNDP) 2005 b: Indicadores municipales sobre desarrollo humano y objetivos de desarrollo del milenio. El Salvador 2005, San Salvador.

PNUD (UNDP) 2005 c: Informe sobre desarrollo humano. El Salvador 2005. Una mirada al nuevo nosotros. El impacto de las migraciones, San Salvador.

Procuradoría para la Defensa de los Derechos Humanos 2003: La Policía Nacional Civil y el respecto a los derechos Humanos en El Salvador, Informe especial presentado por la Señora Procuradora para la Defensa de los Derechos Humanos, San Salvador, 3 Diciembre de 2003.

Procuradoría para la Defensa de los Derechos Humanos 2004: Informe general sobre la situación penitenciaria en El Salvador, Informe dictado con fecha de Octubre de 2004.

Procuradoría para la Defensa de los Derechos Humanos 2006: Informe de la Señora Procuradora para la defensa de los Derechos Humanos, Dra. Beatrice Alamanni de Carrillo, sobre la situación de las personas privadas de libertad en el período comprendido de Julio de 2005 a junio de 2006. San Salvador, 18 de Octubre de 2006.

Rocha, José Luis 2006: Mareros y Pandilleros, ¿Nuevos insurgentes, criminales?, in: Envío, 25:293, 39-51.

Savenije, Wim/Beltrán, María Antonieta 2005: Competiendo en Bravuras. Violencia Estudiantiel en el Area Metropolitana de San Salvador, San Salvador.

Segovia, Alexander 2006: Integración real y grupos centroamericanos de poder económico. Implicaciones para la democracia y el desarrollo regional, in: ECA, 61:691/692, 517-582.

UNDP 2004: La Democracia en América Latina. Hacia una democracia de ciudadanas y ciudadanos. Compendio Estadístico, New York.

United Nations 2000: Demographic Yearbook. Fiftieth issue, New York.

Zinecker, Heidrun 2004 a: El Salvador nach dem Bürgerkrieg. Ambivalenzen eines schwierigen Friedens, Frankfurt a.M./New York.

Zinecker, Heidrun 2004 b: Regime-Hybridität in Entwicklungsländern. Leistungen und Grenzen der neueren Transitionsforschung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 11:2, 239-272.

Zinecker, Heidrun 2006 a: Gewalt im Frieden – Formen und Ursachen der Nachkriegsgewalt in Guatemala. HSFK-Report, 8, Frankfurt a. M..

Zinecker, Heidrun 2006 b: Krise in Zentralamerika?, in: Boeckh, Andreas/Öhlschläger, Rainer (Hrsg.), Krisenregionen in Lateinamerika, Hamburg, 129-174.

Zinecker, Heidrun 2007: Kolumbien und El Salvador im longitudinalen Vergleich. Ein kritischer Beitrag zur Transitionsforschung, Baden Baden.

Im Text zitierte Interviews der Autorin

Alamanni de Carrillo, Beatrice 2007: Ombudsfrau für Menschenrechte (16.02.07).

Mitglied der Zivilgesellschaft 2006: auf eigenen Wunsch aus Sicherheitsgründen anonym (24.04.06).

ARENA, Gründungsmitglied 2006: auf eigenen Wunsch anonym (25.04.06).

Ávila, Rodrigo 2007: Direktor der Polizei (15.02.07).

Barrera, Hugo 1997: Minister für öffentliche Sicherheit (20.08.97).

Barrera, Hugo 2006: Minister für Umwelt und Naturressourcen (19.04.06).

Bonilla, Oscar 2006: Präsident des Nationalrates für Öffentliche Sicherheit (19.04.06).

Calderón Sol, Armando 2006: Ex-Präsident El Salvadors (05.04.06).

Carlos (Nachname anonym) 2006: (Adiós Tatuajes) (28.04.06).

Carranza Zelaya, Marlon E. 2006: Soziologe, IUDOP, UCA, (07.04.06).

Cristiani, Alfredo 2006: Ex-Präsident El Salvadors (26.04.06).

Escobar Baños, Pablo de Jesús 2006: stellvertretender Direktor für öffentliche Sicherheit der Polizei (27.04.06).

Flores, Nelson 2006: Direktor des Zentrums für strafrechtliche Studien, FESPAD, (20.04.06).

González, Luis Armando 2006: CIDAI, UCA (05.04.06).

González, Medardo 2006: Koordinator der FMLN (20.04.06).

Guzmán Canjura, Ulíces del Dios 2007: Richter am Obersten Gericht (14.02.07).

Linares, Eduardo 2006: Ex-Kommandant der FMLN und Ex-Polizeichef San Salvadors, Stadtrat von San Salvador (18.04.06).

Martínez, Hugo Roger 2006: Parlamentsabgeordneter (FMLN) (10.04.06).

Martínez, Víctor Estiero 2006: Interimsdirektor der Justizvollzugsanstalt Quezaltepeque (27.04.06).

Ortíz Ruíz, Francisco Eliseo 2006: Erster Richter in der Kammer des zweiten Abschnitts des Westens, Sonsonate (21.04.06).

Ortíz, Oscar 2006: Bürgermeister von Santa Tecla (FMLN) (26.04.06).

Puerta, Ricardo 2007: Soziologe (22.02.07) (Honduras).

Rodríguez López, Antonio 2006: Direktor des Zentrums für Ausbildung und Orientierung „Rafael Palacios“ (Adiós Tatuajes) (21.04.06).

Santos Mejía de Escobar, Aída Luz 2007: Richterin am ersten Gerichtshof für Maßnahmen gegenüber Minderjährigen in San Salvador (14.02.07).

Smutt, Marcela 2006: Programmverantwortliche, UNDP (28.04.06).

Vidales, Roberto 2006: Jurist, FUSADES (18.04.06).

Vilanova Chica, Jaime Roberto 2006: Generaldirektor des Strafvollzugs (24.04.06).

Vilanova, Mauricio 2006: Bürgermeister von San José Guayabal (ARENA) (25.04.06).

Sonstige Quellen

Ávila, Rodrigo 2006: Direktor der Polizei, Rede auf der II. Convención Antipandilla, 04. – 06.04.06, San Salvador, Hilton Princess Hotel, 04.04.06.

González, Pedro 2006 a: stellvertretender Direktor der Polizei, Rede auf der II. Convención Antipandilla, 04.- 06.04.06, San Salvador, Hilton Princess Hotel, 05.04.06.

González, Pedro 2006 b: stellvertretender Direktor der Polizei, in: El Diario de Hoy, 05.04.2006.